

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 4. Dezember 1920

Anzeigenpreis: Beretins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die fünfgepaltene Zeile; Anzeigens- und alle sonstigen Reklamenzettel 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 139

An die Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker Werte Kollegen!

Nachdem prinzipals- und gehilfenseitig der alte Tarif gekündigt worden war, trafen am 25. Oktober die beiderseitigen Vertreter im Tarifausschusse zu Verhandlungen über den Neuaufbau des Tarifs in Berlin zusammen. In beinahe vierwöchigen Beratungen ist nach Überwindung zahlreicher Hemmnisse und Schwierigkeiten ein neues Werk zustande gekommen, das unter dem alten Namen „Deutscher Buchdrucker-Tarif“ für die nächsten zwei Jahre gewerbliches Gesetz sein soll.

Die Richtlinien, die die Generalversammlung des Verbandes im Juni d. J. für die Tarifberatung aufgestellt hatte, fanden ihren Niederschlag in den Anträgen der Gehilfenschaft dahingehend, daß entsprechend den gegenwärtigen Lebensbedingungen in erster Linie die Lohn- und Arbeitsverhältnisse die notwendige Verbesserung erfahren müßten. Daneben wurde eine Reihe grundsätzlicher Forderungen aufgestellt, die darauf abzielten, der Gehilfenschaft ein größeres Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozeß tariflich zu gewährleisten. Die Antragstellung der Prinzipalität zeigte die entgegengesetzte Absicht. Nicht Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern Verschlechterungen auf der ganzen Linie wurden beabsichtigt und gefordert. Bei dieser entgegengesetzten Zielrichtung war es ganz naturgemäß, daß die Verhandlungen des öfters in ein kritisches Stadium trafen und mehr als einmal nahe vor dem Abbruch standen. Das deutsche Buchdruckgewerbe ist durch die allgemeine Not infolge des wirtschaftlichen Niederrucks zweifellos sehr stark in Mitleidenschaft gezogen, und so war auf eine restlose Erfüllung aller unserer Wünsche und Forderungen von vornherein kaum zu hoffen. In zähem Ringen um jede aufgestellte Forderung ist es aber trotz der Ungunst der Verhältnisse gelungen, nicht nur die von der Gegenseite erstrebten Verschlechterungen fast ausnahmslos hintanzuhalten und bisherige Errungenschaften aufs neue zu verankern, sondern darüber hinaus auch eine ganze Reihe Verbesserungen in das neue Tarifgesetz hineinzubringen, die von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind.

Das Lohnabkommen, das einen beweglichen Bestandteil des auf zwei Jahre abgeschlossenen Tarifs bildet, wird von der Kollegenschaft als unzulänglich erachtet, die neue Steuerungsulage als den gegenwärtigen Lebensverhältnissen in keiner Weise Rechnung tragend einer mehr oder minder scharfen Kritik unterzogen. Auch die Gehilfenvertreter wissen, daß mit der Steuerungsulage auch diesmal die Not aus den Buchdruckerfamilien nicht gebannt wird, und sie haben diese Tatsache mit dem Verlangen einer weiteren Erhöhung der Steuerungsulage bis zum letzten Tage der Verhandlungen den Prinzipalunterhändlern eindringlich vor Augen geführt; leider ohne Erfolg. Wenn sie dennoch dem Gesamtwerk ihre Zustimmung gaben, so deshalb, weil keine Aussicht bestand — auch nicht im Falle eines Entschlusses außertariflicher Art —, für die Kollegenschaft des ganzen Reiches zur Zeit Besseres zu erreichen. Es ist übrigens der Prinzipalität kein Zweifel darüber gelassen worden, daß bei anhaltender Verteuerung der Lebenslage der Kollegenschaft es dieser vorbehalten bleiben muß, vor Ablauf der Geltungsdauer der jetzt beschlossenen Steuerungsulage mit neuen Anträgen an die Arbeitgeber heranzutreten und zu ihrer Beratung die Einberufung des Tarifausschusses zu beantragen.

Das Gesamtergebnis der Tarifberatung ist nicht so, wie wir alle es uns gewünscht haben, aber es ist nach sachlicher Prüfung und unter Würdigung aller Schwierigkeiten der Gegenwart doch ein solches, daß die Annahme des Tarifs der Kollegenschaft dringend empfohlen werden kann.

Die Generalversammlung hat das erweiterte Mitbestimmungsrecht der Mitglieder bei Tarifabschlüssen durch Einfügung der Urabstimmung gefordert. Dieser Forderung ist gegen den Widerstand der Prinzipale insofern Rechnung getragen worden, als es beiden Seiten freisteht, in beliebiger Form über den Tarif zu entscheiden. Die **Urabstimmung** der Gehilfenschaft ist danach von der Gehilfenvertretung beschlossen und auf **Freitag, den 10. Dezember**, festgesetzt worden. Inzwischen wird die Berichterstattung sowie die Veröffentlichung des Tarifs in weitestem Maß Aufklärung über das Beschlossene geschaffen haben.

Indem wir hiermit die Mitglieder des Verbandes aufrufen, sich bis zum letzten Mann an dieser Urabstimmung zu beteiligen, appellieren wir gleichzeitig an das hohe Maß von Verantwortlichkeit, das damit jeder einzelne Kollege zu erfüllen hat. Nicht Augenblicksentscheidung, sondern reifliche Prüfung des Gesamtergebnisses und Erwägung aller Folgen müssen für jeden einzelnen ausschlaggebend sein, wenn er in erster Stunde sein Ja oder Nein in die Waagschale wirft. Die Kollegenschaft darf darauf vertrauen, daß ihre Vertreter bei den Tarifausschuhverhandlungen alle Umstände genau erwogen haben und erst nach der sicheren Gewißheit, daß ein Mehr an Zugeständnissen für diesmal nicht zu erreichen sei, ihre Zustimmung zu dem neuen Vertrage gaben. In der festen Überzeugung, daß es dem Interesse der Gesamtkollegenschaft entspricht, erwarten sie die Annahme des Vertrags in der Urabstimmung.

Der Vorstand des Verbandes schließt sich dieser Erwartung an und hat zu der Kollegenschaft das Vertrauen, daß sie in Würdigung der ersten und verantwortungsvollen Sachlage die richtige Entscheidung fällen und dem nach langwierigen Verhandlungen zustande gekommenen Tarifvertrag ihre Zustimmung geben wird.

Berlin, den 1. Dezember 1920.

Der Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker

Die Tagung des Tarifausschusses

21. Lohnsystem und Lohnhöhe

Das Lohnsystem sollte gemäß Dehnbauers und den Anträgen der Prinzipale von Grund aus geändert werden in dem neuen Tarif. Zunächst durch Einführung des Stundenlohns, was den Verlust der Feiertagsbezahlung zur Folge gehabt haben würde. Es war richtig, wenn die Prinzipale darauf verwiesen — und dafür auch viel Material zur Stelle hatten —, daß in fast allen anderen Berufen nicht Wochen-, sondern Stundenlohn üblich ist. Wir nannten die Einführung des Stundenlohns aber eine Rückwärtschritt für die Gehilfen und Hilfsarbeiter, die sich kein Mensch bei uns gefallen lassen würde. Als von unserer Seite noch angeführt wurde, daß in den übrigen Gewerben jetzt dazu übergegangen wird, auch bei Stundenlohn und im Accord die Feiertage zu bezahlen, da bekanntlich die Pausen mit der Entlohnung nur für tatsächlich geleistete Arbeit ein ganz niedriges Loch. Der Stundenlohn konnte also abgefallen werden, und als Zugabe zu diesem Gehaltsschlag erhielten die Prinzipale noch die Feiertagsbezahlung für Berechnung aufgelegt.

Dann wollten die Prinzipale die Lohnklassen noch vermehren und obendrein zwischen Verheirateten und Ledigen in der Entlohnung unterscheiden. Das sollte ausgesprochenenmaßen zugunsten der älteren Gehilfen mit größerer Familie geschehen, die zu gering bezahlt wären. Diese letztere Argumentation wurde von unserer Seite ohne weiteres anerkannt, wir konnten aber nicht zugeben, daß die hier notwendige Aufbesserung nur durch Verschlechterung gleich zweifacher Art möglich gemacht werden sollte. Unsere Vorlage enthielt ja auch nur zwei Lohnklassen (unter und über 20 Jahre). Mit dem Neuausgerufenen (erstes Gehilfenjahr) sind es dann doch vier Lohnklassen geworden, aber die Stufenhebung der Altersgrenzen über die bisherigen (Klasse A, B, C im alten Tarif) ist den Prinzipalen nicht gelungen. In dem Tarifartikel der „Zeitschrift“ (Nr. 48) wird zum Troste hervorgehoben, daß ja bei den Steuerungsulagen ein Unterschied zwischen Verheirateten und Ledigen von 8 Mk. bestehen bleibt. Das ist zwar zutreffend, weil das noch von den früheren Steuerungsulagen herabfällt, aber der Ledigenbegriff ist durch die drei Abfälle in Spalte 30 der Tarifbeilage doch in einer Weise kommentiert worden, daß manches dadurch gebessert wird.

Das neue Lohnsystem setzt sich entsprechend dem beiderseitigen Willen nun aus einem Grundlohn und aus einer beweglichen Steuerungsulage zusammen. Der Grundlohn ist in der Verflüsslichung des Friedensminimums gefunden worden, also mit 125, 130 und 137,50 Mk., während in der Gehilfenvorlage 150 und 160 Mk. gefordert wurden; der Unterschied hat nur theoretische Bedeutung. Die verbleibende Differenz zum jetzigen Lohnsatz (mit den 10, 15 und 20 Mk. neuer Steuerungsulage) wird als Steuerungsulage betrachtet. Es ist nun die Aufstellung laut geworden, daß zu den Sätzen der Lohnabelle in der Tarifbeilage (Spalte 5) doch noch der Lokalaufschlag gerechnet werden müsse. Das ist eine falsche Auslegung des Sachges. „Dazu kommt noch der Lokalaufschlag sowie die jeweilige festgesetzte Steuerungsulage“ usw. In dem Betrage nämlich, was als Steuerungsulage anzusehen ist, ist der Lokalaufschlag schon einmal ausgedrückt (siehe Ziffer 2 zum § 4 des blauen Festes vom 31. Mai 1920 auf Seite 6). Zweimal kann der Lokalaufschlag nicht berechnet werden, das ist alter tariflicher Grundsat.

Die sich aus der Lohnabelle in der Tarifbeilage (Spalte 5) ergebenden Stundenlöhne müssen, wenn sie zu

Vergleichen mit den Löhnen anderer Arbeiter herangezogen werden, was von unsern Kollegen sehr häufig geschieht, einmal unter dem Gesichtspunkte betrachtet werden, daß es Minimallöhne sind, während anderswo vorwiegend der festgesetzte Stundenlohn das betreffende Lohnmaximum darstellt. In Ziffer 4 zum § 3 ist das ausdrücklich festgestellt. In der ersten Kommission haben am zwölften Verhandlungstage gleich drei Prinzipale erklärt, daß höhere Leistungen auch angemessener höher bezahlt werden müssen; das Minimum dürfe nicht zum Maximum werden. Man wolle den Hinweis auf die in Dresden befindliche (oder noch bestehende?) Minimumwirtschaft gar nicht als falsche Behauptung gelten lassen, da ein solches Verhalten von Prinzipalen einfach nicht zu verstehen sei. Dann sind die Löhne in allen Berufen, wo die Feiertagsbezahlung nicht besteht, entsprechend niedriger anzusehen; für Leipzig würde sich bei zehn Feiertagen im Jahre 1920 so eine Verkürzung des Stundenlohns um 17 Pf. für die betreffenden anderen Arbeitergruppen ergeben.

Die im ersten Gehilfenjahre stehenden Kollegen haben bei Festlegung des Grundlohns bessere Berücksichtigung gefunden als bei der Steuerungsulage.

Die Gehilfenpartei hatte als eine Übergangsbestimmung beantragt, daß allen bei Inkrafttreten des neuen Tarifs höher als zum Minimum entlohnten Gehilfen der über Minimum gezahlte Betrag weiterzugewährt ist. Das wurde von einem Prinzipalsführer als eine Selbstverständlichkeit bezeichnet, wie denn ein anderer sich gar nicht vorstellen konnte, daß ein Prinzipal auf den Einfall kommen würde, die einem Gehilfen vor kurzem bewilligte Erhöhung seines Lohnes bei der neuen Steuerungsulage in Anrechnung zu bringen. Von unserer Seite aber konnte Beweis geführt werden, daß noch ganz andere Kleinlichkeiten im Anrechnen zu praktizieren versucht werden. Von verschiedenen unsern Redner wurde wiederholt eine Erklärung verlangt, daß bestehende bessere Verhältnisse nicht Verschlechterung erfahren dürfen. Es kam dann von maßgebender Stelle die Versicherung, daß die Mehrzahl der Prinzipale in bezug auf den Lohn diesen Standpunkt einnehme, hinsichtlich der Arbeitszeit und anderer Umstände könne jedoch keine Erklärung abgegeben werden, aber man solle auch darüber hinwegkommen. Dazu wurde von unserer Seite gesagt, es dürfe kein Prinzipal damit rechnen, daß ein Personal oder eine Gruppe derselben sich beispielsweise eine längere Arbeitszeit leisten lassen werde, wo sie jetzt kürzer sei. Man bleibe also gerade in der Übergangszeit auf der Hut gegen Verschlechterungen vor sogenannten überfälligen Umständen! Wir haben schon über Wahrnehmungen Mitteilung erhalten, daß die „kleinliche Pfennigsucherei“ infolge der äußerst minimalen 20 Mk. Steuerungsulage sich wieder bemerkbarer macht.

Wie die „Zeitschrift“ jetzt bestätigt, sollte das Berechnen auch auf die Drucker, Stereotypen und Galvanoplastiker sowie Korrektoren ausgedehnt werden. Bekanntlich ist es nicht dazu gekommen, sondern bei Beschränkung auf den bisherigen Umfang geblieben. Das Prinzipalsorgan gibt selbst zu, daß das bei der Festlegung des Grundlohns gefundene Entfern für die Berechner materiell von guter Auswirkung ist. Die auf Gehilfenseite ventilirte Frage eines Garantelohns für Berechner, d. h. daß sie einen bestimmten Prozentsatz über das allgemeine Minimum auch bei nicht grober Leistungsfähigkeit verdienen müssen, ist durch die gut höchsten Grundpositionen überflüssig geworden. Wir glauben nicht, daß bei solchen Säben die Einführung des Berechnens weiteren Prinzipalen vorzuziehen erscheinen wird. Das wäre also zum Vorteil der Arbeitslosen. An diese sollten die berechnenden Kollegen auch denken und nicht nur auf Hochschraubung ihres Verdienstes bedacht sein.

22. Überarbeit, Nacharbeit und ihre Bezahlung

Überstunden sind auch weiter tariflich zulässig, was ja an sich nicht zu umgehen ist für dringende Fälle. Diese Voraussetzung findet im neuen Tarif besondere Anführung (Ziffer 4 zum § 7), womit gegen den alten Tarif und die Zwischenbestimmungen (bzw. als Ergänzungshilfe) eine wesentliche Verschärfung eingetreten ist. Allerdings haben wir unsern entsprechenden Antrag etwas mildern müssen, sind aber trotzdem noch weit über dem geblieben, was die Prinzipale hier wollten. Es ist nunmehr auch die in Betracht kommende Gehilfenvertretung des Personals über die Notwendigkeit von Überstunden zu hören. Das Schiedsgericht hat bei Meinungsverschiedenheiten darüber zu entscheiden. Es soll also nur im Ausnahmefalle zu Überstunden kommen, was absolute Pflicht gegenüber den Arbeitslosen ist.

Von unserer Seite wurde in der Kommission I den Prinzipalen das klar gemacht unter Berufung auf eine ganz neue Bekanntmachung (23. Oktober) des Demobilisierungskommissars in Frankfurt a. M., daß Überstunden eine Überverkettung des Achtfundentags und deshalb unzulässig sind. Ausnahmen könnten nur mit seinem Einverständnis zugelassen werden. Was der Frankfurter Demobilisierungskommissar damit beabsichtigt hat, ist aber nur eine Erneuerung des allenthalben in Geltung befindlichen Zustandes. Auch nach Gehilfenseite muß das mit aller Entschiedenheit betont werden. Wenn im Tarif-

ausfluße die ganzen vier Wochen hindurch und schon in unser Vorbesprechung die Verringerung der Arbeitslosen des A und B der Beratungen bildete, dann wäre es unerträglich zu nennen, wenn noch Gehilfen oder Gehilfen-Gruppen zur Überstundenleistung willfährig sind. Wir hätten es noch lieber gesehen, wenn im Tarif die in Leipzig (und wohl auch in Dresden) beachtliche Handhabung niedergelegt worden wäre, daß, wenn in wirklich dringenden Fällen Überarbeit ohne Möglichkeit der hier auch fageweise zugelassenen Einstellung von Arbeitslosen gestattet werden muß, dann trotzdem nicht eine wöchentlich länger als 48stündige bzw. geschäftstäglich kürzere Arbeitszeit sich ergeben darf. Es muß vielmehr in der laufenden Woche ein Ausgleich durch kürzeres Arbeiten an einem anderen Tag unter voller Lohnzahlung und bei dem tariflichen Zuschlage für die geleisteten Überstunden stattfinden. Wir haben zwar darüber abschließende Meinungen vernommen, können sie aber nicht verstehen, denn der Grundlag, daß nicht länger als 48 Stunden in der Woche bzw. entsprechend weniger gearbeitet werden darf, ist so gewahrt und diese Vorkehrung kann in größeren Betrieben sehr wohl zur Einstellung von Arbeitslosen führen, wenn voll gearbeitet wird. Grundtätigkeit ist heutzutage eine Überstunde, wodurch die Achtundvierzigstundenswoche überschritten wird, eine gegen das Gesetz verstoßende Handlung.

Die Prinzipale wollten auch hier einen kürzeren als 48stündigen Arbeitstag wöchentlich einen Riegel vorziehen, indem sie als Maßstab für den Stundenverdienst nur die Zahl 48 gelten lassen wollten. Grundtätigkeit ist jedoch die geschäftstägliche Stundenarbeit anerkannt worden. Ein prinzipieller Fortschritt also.

Die Einführung von Viertelüberstunden nach Prinzipalsantrag wurde glatz abgewiesen.

Bei den Vorschlägen ist nichts geändert worden, obwohl Erhöhung von Gehilfenlöhnen beantragt war.

Nacharbeit über 11 Uhr abends hinaus sollte nach unserer Vorlage grundsätzlich unzulässig sein. Aber in unsern Anträgen war auch die Möglichkeit von drei hintereinander liegenden Schichten offen gelassen worden, auch wurde von Nachschichtwoche gesprochen usw. Wir mußten den für das Zeitungsgewerbe noch bestehenden besonderen Verhältnissen Rechnung tragen und berücksichtigen, daß das Erscheinen von Morgenausgaben der großen Blätter nicht lediglich eine Buchdruckerfrage ist, sondern daß hier das öffentliche Bedürfnis mißspricht. Tatsächlich weiß man ja aus der im vergangenen Jahr über diese Materie gepflogenen Aussprache, daß selbst unter den Buchdruckern vier verschiedene Meinungen bestehen. Freilich kommt Nacharbeit nicht allein für Zeitungen in Betracht. Es können auch andere Fälle eintreten; so ging es am Ende der dritten Woche gar nicht anders, als den für die erste Zeitung abends fertiggestellten Tarifentwurf noch nachts in Satz zu bringen. Das aus anderen Gründen sogar Ausdehnung der Nacharbeit eintreten kann, zeigt die von der Kohlenstelle in den Marken jetzt erlassene Verordnung, wonach die Industrie verpflichtet wird, die Hälfte des Stromquantums in den späten Nachmittagsstunden und in den Nachstunden zu verbrauchen. Die Berliner Gewerkschaftskommission hat sich damit einverstanden erklärt, verlangt aber einen Nachtauschlag.

Es ist jedoch bedauerlich, daß es uns nicht gelang, für Nacharbeit eine kürzere Arbeitszeit durchzusetzen. Mit aller Entschiedenheit wurde das verlangt und auf den in allen Gewerben mit Nacharbeit üblichen Brauch von weniger Arbeitsstunden hierfür hingewiesen. Obwohl das in der Praxis auch bei uns in den meisten Zeitungsbetrieben, namentlich in Berlin, so gehandhabt wird, war die Prinzipalsvertretung unzugänglich, wollte wieder das Prinzip des geschlossenen Achtfundentags retten. Als gar nichts zu erreichen war, wurde von unserer Seite erklärt, dann würden wohl die Behörden aus sanitären Gründen zu einer solchen Anordnung für das Buchdruckergewerbe schreiten. Das wurde höchst überkommen.

Unser Antrag, daß bei Nacharbeitern als Wochenlohn der Nachlohn zu gelten hat, fand jedoch Annahme.

23. Arbeiten an Sonn- und an Feiertagen

Auch Sonntags- und Feiertagsarbeit sollte im Sinne der Nürnberger Tarifdebatte grundsätzlich unzulässig sein. Doch hier mußte ebenfalls der alten Einsicht nachgegeben werden, daß mit einem Male sich nicht alles erreichen läßt. Die Demobilisierungsvorschriften, das denkbar stärkste staatliche Druckmittel in der Nachkriegszeit gegen rein kapitalistische Begriffsbedeutungen von voller Ausnutzung der Wirtschaftlichkeit der Betriebe und Steigerung der Produktion, sorgen ja in welchem Maße für Einschränkung der Sonntags- und Feiertagsarbeit. Zur strengeren Handhabung dieser doch für die Arbeiterschaft und die Arbeitslosen bestimmten Maßnahmen kann jedenfalls im einzelnen von Gehilfenseite noch mehr getan werden. Die Entschädigung für Arbeiten an Sonn- und an Feiertagen ist im allgemeinen die gleiche geblieben, sie hätte jedoch, ebenso wie bei Überstunden, höher gesetzt werden sollen.

Das ist aber bei den Montagszeitungen geschehen, was die „Zeitschrift“ mit Bedauern erwähnt. Im die

Montagszeitungen, also die eigentliche Sonn- und Feiertagsarbeit, die auch zu der anormalen Begriffsverwendung der „nichtregelmäßigen Sonntags- und Feiertagsarbeit“ im Tarif führt, ist diesmal heiß gestritten worden. Das spricht wohl genügend für die Absicht auf Gehilfenseite, hier mit allen Überlieferungen, die zudem durch die Zeit- und Konkurrenzverhältnisse sich noch ausgeweitet haben, aufzuräumen, ohne das Kind mit dem Bad auszuschütten. Da in Rheinland-Westfalen in diesem und im vergangenen Jahre der Selbstschutz der Gehilfen hier manchen Durchbruch erzielte, so war man auf Prinzipalsseite sehr besorgt um die grundsätzliche Seite der Frage. Es wird aber wohl Bestreben erregt haben, daß über die sogenannte Notwendigkeit von Montagsfrühausgaben unter der Gehilfenvertretung die Meinung konform auf Einseitigkeit ging. Wir wollten, um einem jedenfalls übertrieben geschuldeten öffentlichen Bedürfnis zu genügen, jedoch in Vorarbeit zu den Montagszeitungen am Sonnabend und Sahterfeststellung dann am Montag vor dem üblichen Arbeitsbeginn, so daß im Laufe des Vormittags die Montagsausgaben erscheinen könnten (was jetzt schon teilweise Brauch), einen Ausweg finden. Aber zu einer solchen vernünftigen Behebung waren die größtenteils Zeitungsverleger nicht zu bekommen, es wurde dagegen sogar mit den Gehilfeninteressen argumentiert, was von unserer Seite indes Bestreitung fand, wenn man auch nicht für den letzten Schnapphahn Gewärt übernehmen konnte. Die auf beiden Seiten vorgekommenen Vergleiche: einmal mit der Entbehrlichkeit der morgendlichen warmen Semmel, das andere Mal mit der unentbehrlichen Tätigkeit der Berliner Verschönerungsgrüne am Sonntagmorgen, waren allerdings nicht durchschlagend und auch nicht vergleichbar genug. Aber wenn von Prinzipals- bzw. von Zeitungsverlegerseite hier Konkurrenzinteressen in Abrede gestellt, vielmehr Beilegung des öffentlichen Interesses in den Vordergrund gehoben wurde, dann fand man auf Gehilfenseite dafür keine Gläubigen. Auch in dieser Beziehung werden uns andre Umstände zugute kommen: Das Berliner Zeitungsopstamt hat unsern Wissens vom 1. Oktober ab den Dienst für Montagsfrühausgaben eingestellt. Einige große Berliner Blätter (auch der „Vorwärts“ und die „Freiheit“) demonstrieren, daß es wohl ohne Montagsausgaben geht; das wird Fortsetzung finden. Der Transportarbeiterverband wird gleichfalls mehr Einseitigkeit in dieser Frage beim Austrägerpersonal herbeiführen.

Ein größeres Argernis als die hier geschilderte mangelnde Einsicht betrafte uns die Gegenseite unter Führung eines Berliner Zeitungsgründlings sowie mit laßtätiger Unterstützung der dankbar gestimmten Provinz mit der Kritik, noch in den letzten Verhandlungstagen sich wiederholenden Ablehnung des Gehilfenwunschantrags, unter allen Umständen Überschreitung der 48stündigen bzw. kürzeren Arbeitswoche durch die Montagszeitungen zu vermeiden. Und das infolged, als unter Bezahlung der tariflichen Zuschläge für Montagszeitungen das daran beschäftigte Personal nach bestimmter fester Vereinbarung im Laufe der betreffenden Woche entsprechend weniger Stunden arbeitet. Das das ganz gut geht, zeigt sich an den Montagszeitungen in Leipzig und Dresden. Die sonst so wortreichen Verfechter der Gehilfenheit der 48stündigen Arbeitswoche hatten da auf einmal keinen Respekt mehr vor ihren eignen Grundtätigkeiten! Es wurde von Rahmlegung der Montagszeitungen durch diele Milsantrag geredet und dergleichen mehr vom Stapel gelassen. Es ist jedoch ein Irrtum, wenn angenommen werden sollte, die Gehilfenheit ließe sich eine solche Verletzung der Demobilisierungsvorschriften länger gefallen.

24. Feiertagsbezahlung

Die Bezahlung der auf einen Arbeitstag fallenden Feiertage führte zu großen prinzipiellen Debatten. Man wollte zunächst „zeitgemäß“ reformieren und Feiertage überhaupt nicht mehr bezahlen, wiewohl schon in den örtlichen Tarifen vor 1873, ja sogar in dem 1848er Entwurf eines zentralen Tarifs der Grundlag des Wochenlohns und damit der Bezahlung der Feiertage ausgedrückt war. Es ist bereits im Abschnitt 21 erwähnt worden, daß im Gegenfalle zu diesem Vorhaben der Ring geschlossen und die Feiertagsbezahlung auch für die Berechner eingeführt werden konnte. Eine arge Rücksichtlosigkeit wird dadurch befestigt.

Nach dieser glücklichen Staroperation mußte für die auf Prinzipalsseite mit einemmal aufgeworfene Schicksalsfrage, was denn eigentlich bezahlungspflichtige Feiertage seien, um sie genau im Tarif benennen zu können, viel Gehirnschmalz aufgewendet werden. Im alten Tarife befindet sich der weitgelegene Begriff „landesgesetzlich sowie behördlicherseits oder vom Geschäft angeordnete Feiertage“. „Behördlicherseits“ ist hauptsächlich durch das nach dem Stadtvorordnetenwahlrecht in der Erscheinung getretene sozialistische Groß-Berlin eine Veränderung geworden; man besorgt, es könnten erhebliche rüliche Feiertage neu geschaffen werden. Daran abzusehen, wieviel sich eine Umstellung von tariflich geltenden Feiertagen wegen der großen Unterschiedlichkeit auch in den einzelnen Teilen des Reiches als unmöglich. Den Fortschag eines Groß-

prinzipals, sechs feste Feiertage und drei nach Wahl (es könnte das auch der 1. Mai oder sonst ein Arbeiterfeiertag sein) anzunehmen, was daher nicht abgelehnt. Mit vieler Mühe ist dann Einigkeit erzielt worden in der Hauptkommission, zu sagen: „relchs- oder landesgeheißt oder vom Gesellsch. angeordnete Feiertage“. Bei Ausbittelfeststellung tritt künftighin Feiertagsbezahlung ein, wenn zuvor 12 Arbeitsstage geleistet sind, bisher 18.

Eine erste Debatte gab es bei dem Gehilfenanfrage, den 1. Mai und den 9. November als tarifliche Feiertage gelten zu lassen. Der immer launige Prinzipalvorsitzende meinte einleitend, jetzt könnte das Saarstraßenbündnis der ganzen Gehilfenvorlage, er traue sich gar nicht, das vorzulegen. Nun, die Sache würde auch von ihm schnell mit andern Augen betrachtet, als von unrer Seite zwei Redner der ersten Garnitur den Prinzipalpaten klar machten, die Buchdruckergebnisse wären ja nicht allein auf der Welt, sie hätten Solidarität mit der übrigen Arbeiterchaft zu üben und würden das so oder so tun, wenn damit dem allgemeinen Zuge gedient wäre. Man gehe aber zurück in dem Antrage und gebe für solche von Idealismus für die Arbeiterchaft diskutierten Handlungen das Verlangen nach Bezahlung auf, erlaube jedoch, daß die Prinzipale nicht auf Grund des Tarifvertrags Schwierigkeiten bereiten in solchen Fällen. Der Antrag wurde trotzdem mit Stimmengleichheit abgelehnt. Praktisch wird es dahin kommen, wie ein Leipziger Grobprinzipal es handhabt, der seinem Personal solche Tage auf dessen eigene Kosten freiläßt.

25. Entschädigungspflichtige Dienstverhinderungen sind das, was bislang als Entschädigung nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs im Tarif zu finden gewesen ist. Da wir nun in einem republikanischen Lande leben, mit dessen Militarismus es aus ist, wenn auch die Rechte im Reichstage in dieser Woche wieder diese Sache durch Soben zu bestreiten suchte, so war mancherlei Schult zu entfernen aus dem alten § 8. Oufes Neues dafür einzusetzen, gelang nicht, obwohl es an Hinweisen wirklich nicht gefehlt hat, was in dieser Beziehung andre Tarife zum Teil voraus haben darin.

Die mit allen Mitteln von uns angestrebte Bezahlung der Karenzstage im Krankheitsfalle, die die meisten Krankenkassen noch nicht eingeführt haben und nun auch wohl nicht mehr einführen dürfen, wäre eine solche gute Sache gewesen. Auch die Erweiterung entschädigungspflichtiger Verhinderung hätte untre Unternehmer nicht an erste Stelle treten lassen, selbst wenn sie auf die beantragte Dauer von zwölf Tagen eingegangen wären. Das erschien jedoch von vornherein aussichtslos; was an materieller Änderung eingetreten ist, bedeutet nichts. Mit der Karenzzeit wäre ein nicht unerheblicher Teil der Prinzipale unwohl entgegengekommen, aber der beanspruchte Ausgleich würde zu weittragend gewesen sein, denn Ferien bekommen alle einmal bis zur Höchstgrenze, krank wird aber nicht all und jeder. Außerdem wurden so viele Vorbehalte für die Gewährung gemacht und allerhand Verschärfungen ausgesprochen (Schiebungen zum Krankwerden), daß der ganze Gesetzmach in diesem sozialen Fortschritt im vornherein verloren ging. Es ist indes zu sagen, daß nicht alle Redner von Prinzipalseite kleintliche Gesichtspunkte herauskehrten. Man stellte auch in Aussicht, nach Klärung dieser Frage in weiteren Prinzipalstreifen auf Einführung einer solchen Sozialleistung zurückzukommen.

26. Ferien

Hier ging die Provinz mit dem schwersten Geschüße vor. Am zweiten Tage produzierte sie sich schon mit recht merkwürdigen Einwänden und am zwelundzwanzigsten konnte man auch noch leikame Dinge vernehmen: Das Publikum in den kleinen Orten sage, man brauche sich nicht über die hohen Druckpreise zu wundern, wenn die Gehilfen bis zu 15 Tagen spazieren geben dürften; selbst diese erklärten, sie wüßten nicht, was sie mit so langer freier Zeit anfangen sollten. Es wurde deshalb zunächst Herabsetzung auf neun Tage herab von der Provinz verlangt, um zulezt noch einen Versuch zu machen dabingehend, daß Orte unter 20000 Einwohnern auf zehn Tage beschränkt werden sollten in den Ferien.

Aber auch die Prinzipalvorsitzer machten kein Hehl aus ihrer Festengenernischkeit in jehiger Form. Die von der Gehilfenchaft geforderte Ausdehnung auf 18 Tage mit dem Stichtage 31. August und dem Maßstabe der Berufsangehörigkeit anstatt Betriebszugehörigkeit wurde von ihnen glatt verworfen. Der Schiedspruch im vergangenen Jahr über die Ferienbestimmungen sei ein Fehlpruch gewesen, worauf prompt von uns erwidert wurde, daß man diesen ja hätte vermeiden können bei weniger Halsstarrigkeit. Die schlechteren Ferienbedingungen in den andern graphischen Berufen fanden natürlich Hervorhebung, aber man wolle nur bis zu neun Tagen zurückgehen.

Am 16. November wurde im Plenum die Entscheidungsschlicht über die Ferien geleistet. Die Prinzipale wollten sich nun mit einer Beschränkung auf zwölf Tage begnügen. Zu dem von ihnen beim § 616 in Aussicht gestellten Tauschgeschäft wurde erklärt, sie wollten mit einer Hand geben

und mit zehn Händen wieder nehmen. Die eigene Kommission würde von der Mehrheit besabuliert, und als dann über den Ferienparagrafen abgestimmt wurde, war der Eklat da: mit Stimmengleichheit fand keine Ablehnung statt! Damit standen die Verhandlungen am 23. Tage nochmals vor dem Scheitern. Die-Situation war äußerst gespannt, denn die Prinzipalmehrheit bestand darauf, daß sie das Recht der Entscheidung habe; es hätte nicht bindend sein, was ihre Vertreter in der Kommission I ausgesagt hätten. Von der Gehilfenführung wurde den Prinzipalen darauf eine gepfeiferte Vorlesung gehalten, was die Gehilfenvertretung in der Kommission I an Zusagen gemacht hatte, wenn die Ferien keine Verschlechterung erfahren würden. Die Prinzipalstellung erkannte das an und ersuchte ihre Partei, loyalerweise den Widerstand aufzugeben. Aber dazu vermochten sich nicht einmal alle Kommissionsmitglieder zu entschließen; es fehlten auch infolge Abreise einige. Bei der nochmaligen Abstimmung traten nur drei Prinzipale für den Ferienparagrafen ein. Es spielten sich erregte Szenen ab. Die Prinzipale geleiteten anhaltend. Das Gegenüber der Parteien war bis zum äußersten zugespitzt. Schließlich fand sich noch die unerläßliche vierle Prinzipalstimme für den Ferienparagrafen. Endlich war er gerettet! Härter ist der Kampf nitrgends zugegangen.

27. Die Familien- und Ferienausgleichskasse

hat nach dem „Zeitschrift“-Artikel keine Annahme gefunden. Das ist mit der Einschränkung richtig, daß sie diesmal nicht angenommen worden ist und im Wortlaute der Gehilfenforderung auch nicht angenommen werden wird. Die Prinzipale stehen einer sogenannten Lohnausgleichskasse für Verheiratete mit Kindern nicht ablehnend gegenüber. Der Vorsitzende des Guttenbergbundes hatte schon in der Mailtagung eine Ausarbeitung darüber vorgelesen, die nun gedruckt unterbreitet wurde. Man sucht aber prinzipalseitig nach einem Ausgleich dafür bei andern Tarifpositionen. In der Metallindustrie ist das anders, und zwar nicht allein in Berlin mehr, ferner im Bergbau und in einzelnen andern Gewerben noch. Die Angelegenheit ist verlagert worden zu einer späteren Tarifausgleichskasse. Eine Verquickung insofern, als auch für Ferien ein Lohnausgleich gewährt werden soll, hat aber drilben keine Sympathie, und eine Abführung der über 8 Proz. ausmachenden Betriebsgewinne gleich gar nicht.

28. Die Lokalaufschläge

sind noch nicht geregelt. Der auf 31 Personen vereinfachte Tarifausgleich soll im Dezember darüber befinden, wenn das Ortsklassenverzeichnis des Reichsbeschuldungsgehebes erschienen ist; falls sich dessen Veröffentlichung noch verzögert, soll diese Zwischenanfrage des Tarifauschusses Vorkehrung treffen, was weiter gelten soll. Beide Parteien haben erklärt, die amtliche Dreieinteilung grundsätzlich anzuerkennen. Eine mechanische Festlegung darauf von vornherein ist nicht möglich, denn man weiß nicht, wie hier die Lösung der Schwierigkeiten ausfallen wird, deren wir bei der Einteilung der Orte nach Steuerungsklassen noch niemals richtig Herr geworden sind. Die Prinzipale haben schon durchblicken lassen, daß sie sich die Anpassung recht freibleibend vorstellen. Das wird verbunden werden müssen. Es scheint das im besondern auf Kosten von Leipzig geschehen zu sollen, das aus Konkurrenzgründen schon viel zu lange hinter Berlin zurückgeblieben ist. Damit muß unbedingt Schluss gemacht werden.

Eine andre Ansicht der Prinzipale muß ebenfalls verteidigt werden. Die große Spannung zwischen Höchst- und Mindestlohn ortsweise bis 81 Mk. soll nämlich so bleiben im Interesse der Provinz. Was weil das schon durch die neue Ortsklasseneinteilung verhindert wird, bleibt abzuwarten. Wenn notwendig, muß doch etwas zur Verringerung der Spannung unternommen werden. Die Prinzipale der am höchsten kommenden Orte werden das auch aus Gründen der Konkurrenz einsehen müssen.

Aus der Tarifbelage ist schon zu ersehen gewesen, daß im übrigen einige kleine Verbesserungen im Lokalaufschlagparagrafen vorgenommen sind.

29. Der Reichstarif für Hilfsarbeiter

ist nun ohne Schwierigkeiten unter Dach und Fach gebracht worden und bildet einen Bestandteil des Buchdruckerartikels. Wenn man zurückdenkt, wo im Januar d. J. im Buchgewerbehaufe noch tagelang eine auch von uns mit befehlt Kommission sich abquälte, um über strittige Punkte sich zu verständigen, die jetzt ganz klar erledigt wurden! Es braucht eben alles seine Zeit. Die Hilfsarbeiter, die in Lohn- und Steuerungskategorien prozentuale Abschläge von den Buchdruckerlöhnen erhalten, sind namentlich über die nun eintretende Vereinheitlichung der örtlichen Tarife und die Verringerung der vielen Stufungen befriedigt.

30. Der Mantelartik für das graphische Gewerbe

hat keine Rolle gespielt, nachdem gleich zu Anfang von Prinzipalseite erklärt worden war, und zwar unter eigener Bedauern, daß die Unternehmerorganisationen der andern Zweige, speziell die Steindruckprinzipale, es abgelehnt

haben, zusammenzugehen mit den Buchdruckern. Sie erklärten offen, sie wollten nicht Haare lassen bei dem Bestimmen, sich dem Buchdruckerartikel anzupassen. Das letzte Wort ist damit aber noch nicht gesprochen. Es soll in den nächsten Monaten darüber eine nähere Aussprache stattfinden. Daß etwas geschehen muß, ein Ausspielen der einzelnen Arbeitergruppen wie jetzt bei der neuen Steuerungskategorie zu verhindern, ist doch klar; es kann nicht allein danach gehen, ob die andern Unternehmergruppen beim Mantelartikel mitmachen wollen oder nicht.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Nachahmensewerke Vespere. Anlässlich des achtzigjährigen Bestehens der „Lycker Zeitung“ überreichte die Beschäftigten der Maschinischen Drucker und Zeitungsverlag G. m. b. H. in Lyck dem technischen Personal eine Geldspende in Höhe von 50 bis 250 Mk.; außerdem wurde das Personal zu einem Festessen eingeladen.

Buchdrucker in öffentlichen Diensten. Kollege Franz Wagner in Friedebach wurde für das Jahr 1921 wieder als Hauptschiffse beim Amtsgericht Pöbndert gewählt. Außerdem befehlet er das Amt eines Gemeinderatsmitgliedes sowie das Amt des stellvertretenden Standesbeamten für den Bezirk Friedebach.

Neue Vertragsbestimmungen für Genossenschaftsarbeiter. Nach langwierigen Verhandlungen der nachgeordneten gewerkschaftlichen Organisationen mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine wurde in acht Revolutionsverbänden eine Einigung und der Abschluss von Bezirksmanifesten erreicht. Nur in den Verbänden der schlesischen Konsumvereine und dem Verband brandenburgischer Konsumvereine konnten die Verhandlungen noch nicht ausgenommen werden. In den neuen Vereinbarungen werden die Pausen in den zwei Schichtbetrieben auf eine halbe Stunde innerhalb der achtschündigen Arbeitszeit festgelegt. An den Vorarbeiten vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten ist die Arbeitszeit die fünfständige. Die Überstunden werden mit 30 und bei mehr als zwei Überstunden mit 60 Proz. entschädigt. Für weitere Überstunden und die Sonntagsarbeit wird ein Aufschlag von 75 Proz. bezahlt. Die Ferien steigen von drei Tagen bis zu achtzehn Arbeitstagen bei einer Beschäftigungsdauer von über zehn Jahren. Bei Krankheit wird die Differenz zu Krankengeld bis zum vollen Lohne nach einer Beschäftigungsdauer von sechs Wochen bis zu einem Jahre für eine Woche und steigend bis sechs Wochen nach zehnjähriger Beschäftigung bezahlt. Für die über drei Wochen währende Krankheitsdauer erfolgt neben dem Krankengeld die volle Lohnbezahlung. Für die Einstellung von Arbeitskräften sind die Arbeitsnachweise der Gewerkschaften zuständig. In Konsequenz dieser Anerkennung der Arbeitsnachweise beschäftigen die Genossenschaften nur Mitglieder der vertragsschließenden Gewerkschaften. Die neuen Vertragsbestimmungen gelten als vorläufig. Was aber in sozialer Hinsicht die Genossenschaften leisten können, das muß auch in den privatkapitalistischen Betrieben durchgeführt werden.

Ausfuhrfragen und Betriebskräfte. Im Verlaufe einer Beratung des Ausschusses der Außenhandelsstelle der Elektrotechnik wurde gleichfalls über den Einfluß festgelegt, daß deutsche Waren zu Preisen, die weit unter den vorgeschriebenen liegen, im Ausland erscheinen. Es sind also weite Kreise an der Umgebung der Ausfuhrbestimmungen bzw. an der Verhinderung der Waren beteiligt. Die Wirkung dieses Verhaltens bleibt nicht aus. Aus einer großen Anzahl von Ländern laufen die Nachrichten ein, daß man dort Gesetzesvorlagen eingebracht hat, um die deutsche Einfuhr zu verbieten bzw. mit hohen Zöllen zu belegen, damit der Kursunterschied ausgeglichen wird. Wenn es mißlingt der deutschen Regierung nicht gelingt, die Einfuhr zu so niedrigen Preisen zu verhindern, so wird über kurz oder lang ein sehr großer Teil des gesamten Außenhandels infolge der von den ausländischen Staaten auferlegten hohen Zölle aufhören. Um hier einen Rest vorzublenden, bzw. um die Firmen, die sich an die Bestimmungen halten, zu schützen, ist es erforderlich, die Bedingungen der Ausfuhr zu verschärfen und alle Unterlagen, die zur Beurteilung des Geschäfts dienen, von den Firmen einzufordern. Wenn diese Befragung des Ausfuhrhandels wieder verschärfert werden muß, so sind hieran diejenigen Firmen und Personen schuld, die sich nicht an die vorgeschriebenen Bedingungen halten wollen. Da die vorstehend erwähnten, bekannten Schiebungen die Volksgemeinschaft schädigen, sollten die Betriebskräfte ihre Aufmerksamkeit auf die Prüfung der Ausfuhrpapiere lenken. Sie könnten diesen Schiebungen bald ein Ende machen. Aber gegen diese Kontrolle laufen ja die Unternehmer Sturm, und zwar in Konsequenz ihrer sehr durchsichtigen Auffassung über die sogenannten Geschäftsgeheimnisse, die sich dadurch immer deutlicher als ablichtliche Verschlechterung ihrer Profitquellen auf Kosten der Käufer wie der Arbeiterchaft charakterisieren.

Die Unentbehrlichkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt. In Sibirie haben sich in letzter Zeit große Mengen Wolle angehäuft, deren Besitzer in immer größerer Verlegenheit kommen, da ihnen immer noch die Möglichkeit fehlt, ihren Überfluß abzugeben, weil Deutschland immer noch als Abnehmer fehlt. Es wird daher auch in Sibirie der Man erörtert, die durch die Freizade der beschlagnahmen deutschen Vermögen freiverwendenden Gelder als Unterlage eines mehrfach so hohen Kredits an Deutschland zu nehmen, um auf diese Weise die Ausfuhr von Wolle nach Deutschland aufnehmen zu können. Bekanntlich war die Entschädigung der Deutschen durch vierprozentige Staatsobligationen der südamerikanischen Union

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Betrag ist bei Bestellung gleich mitzuzahlen.

Beilage zu Nr. 139. — Leipzig, den 4. Dezember 1920

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Mahnung

Und ich behaupte, es sind immer dieselben Kollegen, die für andre oder besser gesagt für die Allgemeinheit ihre Zeit, ihr Geld, ja ihr ganzes Leben opfern. Vor dem Kriege wurde dies mehr anerkannt als heute, da so wie ein anderer Geist weht. Ja noch mehr. Es ist bewundernswürdig, wie gerade die älteren Kollegen oft unter Vernachlässigung ihrer Pflichten als Familienvater und Kindererzieher es verstanden, sich die Zeit zu stehlen für alle die Ausgaben, die sie als Funktionär im Verband und anderswo erfüllen. Nachträglich gebührt noch der Dank gesagt allen den Frauen, die so loyal waren und ohne inneren Groll oder gar Eifersucht ihren Mann allabendlich lieben ließen zu seinen idealen Verpflichtungen. Viele Kollegen anerkannten diese persönlichen Opfer und würdigten sie auch. Das alles ist aber seit der Revolution anders geworden. Erst jetzt erkennt man, wie viele Arbeiter außer ihrer technischen Bildung wenig Allgemeinbildung und fast gar keine Herzgebildung besitzen.

Man wird erwidern: das hat der Krieg mit sich gebracht, die Moral ist so tief gesunken wie die Papiermark. Alles nicht wahr, das sind laute Redensarten! Tatsache ist, daß die Zerpflünderung der Arbeiter die Ursache ist. Kollegen, denkt nur einmal zehn Jahre zurück. Hat man sich damals gegenseitig beschimpft: bist du NS., ISP., r., ISP., l., KPD., KZPD., Union usw.? Nichts von alledem. Aber nicht bloß diese Teilung in politische Gruppen macht die Misset. Nein, man sing auch an, im weiseren sich gesellschaftlich zu meiden. Der ist eckig, heißt es jetzt; der andre ist auch ein Verräter, heißt es da. Dort raunt einer dem andern zu, schau, der dort ist ein mächtiger Streber und jener gar ein monarchischer Spieß, aber kein Kollege. Ich sage, es ist ein Glück, daß die gesellschaftlichen Vereine bestehen. Noch wird bei Gelas, Turnen, Schachspiel, Musik, Sammlern und andern Arbeitervereinigungen die Neutralität hochgehalten. Dort sowohl als auch in untrer Gewerkschaft blieb man tolerant und läßt Andersgestimmte noch leben. Vorläufig noch, sage ich. Wie soll dies aber werden, wenn die kommunistischen Zellen ihre Tätigkeit mit illegalen Mitteln (lies mit Lug und Trug) aufnehmen? Da kann nur eines noch helfen: die Herzgebildung.

Kollegen, daß unsre Staatsform, unsre junge Republik reformfähig ist, weiß heute jeder Arbeiter. Aber in welcher Weise und Tempo die eigentliche Umwandlung in einen Zukunftsstaat erfolgen soll, darüber bestehen manderlei Auffassungen. Und nun tut mir den Gefallen und wagt eure Würde. Sind wir bei der Arbeit, beim Frischschoppen oder in der Verlammlung, vergeht euer Herz nicht. Laßt nicht einer abwechselnden politischen Meinung wegen es angezeigt erscheinen, sich gesellschaftlich den Krieg zu erklären. Seid tolerant und nachgiebig. Der eine lebe in gulluierten Verhältnissen und sieh den Klassenkampf nicht so einseitig an wie der andre, der immer stets das ausgesprochene Proletariatseid vor sich hat. Mancher Kollege, der nebenher ein Geschäft betreibt oder etwa für „Volksfürsorge“ oder sonst als Nebenverdienster tätig ist, hat seine krasse Meinung gewechselt, um sich nicht mit Volk und der ganzen Welt zu verfeinden.

Nachzulesen, Kollegen! Es muß im Leben des Arbeiters eine Gesellschaftvereinfachung eintreten, wenn nicht alles notleidend soll. Die Kollegen, die Vertrauensmänner sind, Betriebsratsmitglieder, Kartelldelegierte, Vorstandsmittelglieder in Gelas, Turn- und politischen Vereinen, sie müssen unbedingt ihr Vereinstwesen vereinfachen. Viele Kartelle sind nach dem Krieg eingegangen durch die Zerpflünderung der Arbeiter, sie müssen sich unbedingt wieder die Hand reichen. Nicht jeder, der ein politisches Sprüchchen abletet, ist eckig; in zwei bis drei Monaten findet ihr ihn wo anders. Aber der Kollege ist hoch zu schätzen, der manche Unnehmlichkeit seines Lebens verdorft, lediglich, um der Allgemeinheit in den verkehrslosesten Arbeiterorganisationen zu dienen. Arbeit ihre Arbeit, ehrt sie durch euer Vertrauen, laßt auch einmal die politische Abwechslung ungehen, drückt ein Auge zu, wenn ihr wißt, daß derselbe ein ganzer Mann ist und im großen Ganzen eure Interessen nach bestem Wissen vertritt.

Münker-Werne. Rudolf Schumacher.

Volkswirtschaft

Ausfuhrsorgen und ihre Rückwirkungen

Ein völliger Verkenner der tieferen Zusammenhänge der privatkapitalistischen Konkurrenzmanöver und Säuungsversuche über die Grundlagen der gegenwärtigen ungünstigen Preispolitik haben sich im Laufe der letzten Monate nicht wenige Betriebsräte und andre Vertreter von Arbeiterinteressen zu einem Sturmhaufe gegen die Verordnung vom 20. Dezember 1919, die eine minimale Abgabe vom Verkaufspreise für Ausfuhrprodukte zugunsten sozialer Einrichtungen vorschreibt, mitbrachten lassen. Die betreffenden Professore hatten sich in der Hauptsache von den Unternehmern einreden lassen, daß durch diese sogenannt

annte soziale Abgabe die ganzen Exportschwierigkeiten erst entstanden seien. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sah sich dabei genötigt, diesen Erscheinungen auf den Grund zu gehen und diesbezügliche Erhebungen zu machen. Dabei ergab sich mit aller Deutlichkeit, daß diejenigen im Rechte sind, die von vornherein eine solche Verquickung der Arbeiterinteressen mit der Profitgier der Unternehmer verurteilt haben. Es ergab sich aus diesen Nachprüfungen eine ganze Reihe drallicher Schulbeispiele für die unlaufere Moral der heutigen privatkapitalistischen Preisgestaltung und deren unheilvolle Wirkung für die gesamte Volkswirtschaft, daß wir uns verpflichtet fühlen, dieser Angelegenheit ganz besondere Beachtung zu schenken.

Die von verantwortlicher gewerkschaftlicher Seite unternommenen Untersuchungen und Prüfungen auf diesem Gebiete haben durchweg ergeben, daß gar keine Berechtigung dafür vorhanden ist, die Aufhebung der sozialen Ausfuhrabgabe zu fordern, um die deutsche Industrie wieder „konkurrenzfähig“ zu machen und die Arbeitslosigkeit zu mildern. Es wurde im Gegenteil festgestellt, daß bei richtiger Kalkulation die deutsche Industrie trotz der sozialen Abgabe gegenüber dem Auslande nicht nur konkurrenzfähig sondern sogar weit überlegen ist. Die gesamte weiterverarbeitende Industrie trägt z. B. über die hohen Rohstoffpreise, besonders die Maschinen- und Kleinmetallindustrie. Eine Maschine, die vor dem Kriege 60000 Mk. kostete, kostet heute etwa 750000 Mk. Dabei besteht aber der Unterschied, daß der Anteil des Arbeitslohnes vor dem Kriege 30 bis 40 Proz. betrug, heute jedoch nur 10 bis 12 Proz. Die Arbeiterlöhne können also gar kein Hindernis für die Konkurrenz mit dem Auslande sein. Denn die Löhne der ausländischen Arbeiter in den betreffenden Konkurrenzindustrien sind durchschnittlich doppelt so hoch als die Löhne der deutschen Arbeiter. In Wirklichkeit liegt also die Sache so, daß die ausländischen Unternehmer gegenüber den deutschen Unternehmern hinsichtlich der Preise wesentlich ungünstiger gestellt sind. Die deutsche soziale Ausfuhrabgabe beträgt für die Produkte der Maschinen- und Kleinmetallindustrie nur 2 bis 3 Proz., also nur etwa 15000 bis 225000 Mk. von 750000 Mk.

Die Schwierigkeiten der Ausfuhr sind daher in ganz anderer Richtung zu suchen. In erster Linie sind es die Preise für das Rohmaterial, besonders für das Eisen, die hier in Frage kommen. Es ist aber auffällig, wie wenig die weiterverarbeitende Industrie es wagt, gegen die Diktatur der eisenerzeugenden Industrie Front zu machen. Sucht man nach den Gründen, so kommt man zu ähnlichen Erscheinungen wie bei der Kohle. Zwar leidet die weiterverarbeitende Industrie stark unter ungleichmäßiger Lieferung, aber den Weg, der dazu führt, daß wenigstens die zur Verfügung stehende Kohle korrekt verteilt wird, wagt das Unternehmertum nicht zu beschreiten, weil es vor den sich daraus ergebenden Folgen für andre Industriezweige zurückzuckt. Ebenso ist es mit dem Eisen. Auch hier empfindet die weiterverarbeitende Industrie durchaus, wie sehr sie unter der Willkür der eisenerzeugenden Kreise leidet, wagt aber nicht, den Weg zu beschreiten, der unbedingt zu einer Besserung führt, nämlich das Eisen aus der Hand von Privatpersonen in die öffentliche Hand zu überführen, um so die Industrie mit Eisen zu versorgen, das zu einem Preis abgegeben wird, der jedwede Ausfuhrschwierigkeit anschießt.

Das, was aus dieser Untersuchung aus der Metallindustrie als Beispiel angeführt wird, gilt für alle Industriezweige. Weder die Löhne noch die Ausfuhrabgabe bilden ein Hindernis für den Export, sondern lediglich die grenzenlose Profitgier, die darauf eingestellt ist, an wenigen Produkten mehr zu verdienen als an vielen. Diese volkswirtschaftlich ruinöse Profitgier beherrscht heute sowohl die Großen wie die Kleinen in Industrie und Handel. In allen Produktionszweigen läßt sich feststellen, daß der prozentuale Anteil des Lohnes des Arbeiters und Angestellten viel niedriger ist als vor dem Kriege, dagegen der Unternehmerprofit ein viel höherer. Diese Vernachlässigung des Unternehmergeistes begünstigt die wirtschaftliche Macht des Unternehmertums, erleichtert die Konzentration der Produktionsmittel in immer weniger Händen und führt trotz äußerlichen Abbaues der Zwangswirtschaft zu einer wirtschaftlichen Beherrschung großer Produktionszweige durch privatkapitalistische Größen, die in einer ausgiebigen Verfolgung des Warenmarktes eine Gefährdung ihrer Profitquellen erblicken und aus der Notlage der großen Masse die höchsten Profite herauszupressen wissen. Statt durch eine allgemeine Verteilung der Arbeitszeit und die Gewährung auskömmlicher Löhne für die vorhandenen Arbeitskräfte die Arbeitsgelegenheit zu vermehren und die Freude an der Arbeit zu heben, die unbedingt zu einer viel stärkeren Ausnutzung und Verwertung der Produktionsmittel führen würde, verfolgen sie neben wirtschaftlicher Beherrschung der Warenvorräte die Preise hochaufhalten und durch die Forderung erhöhter Arbeitsleistung die Widerstandskraft der Arbeiter noch mehr zu schwächen, um aus ihnen noch willensere und gefälligere Werkzeuge ihrer Profitgier zu machen.

Bis vor wenigen Wochen noch zeigte der medere Marktstand geradezu zu Spekulationsmärkten nach dem Auslande. Nachdem sich jedoch der Wert der deutschen

Mark wieder etwas erhöhte, geriet auch die Verschleuderung deutscher Waren an das Ausland ins Stocken und führte zur Stilllegung von Betrieben und sonstigen wirtschaftlichen Produktionsbeschränkungen mit allen unheilvollen Wirkungen vermehrter Arbeitslosigkeit und Verelendung der großen Masse des Volkes. Doch nicht genug damit, soll nun auch die soziale Ausfuhrabgabe beseitigt werden, um die früheren hohen Unternehmerprofite im Ausfuhrhandel ungeschmälert zu erhalten. Und der Hansband hat es neuerdings unternommen, in einer Petition an den Reichstag die Beseitigung der Ausfuhrkontrolle und der Ausfuhrabgabe zu fordern.

In Wirklichkeit liegen aber die Dinge auf dem Weltmarkt für Deutschland so, daß auch heute noch trotz der sozialen Ausfuhrabgabe in ausländischen Unternehmungskreisen eine immer stärker werdende Bewegung gegen das deutsche „Dumping“ (Schleuderkonkurrenz) in Erscheinung tritt. In England, in der Schweiz, in Japan wie in Amerika werden gesetzliche Erschwerungen der Einfuhr deutscher Waren von einflussreichen Unternehmerverbänden erstrbt, und zwar durchgehend deshalb, weil fast alle deutschen Waren zu so niedrigen Preisen angeboten werden, daß die ausländischen Konkurrenzunternehmungen einfach nicht mehr mithalten können. In dieser Hinsicht herrscht im Ausland in fast allen Fertigungsindustrien und Handelszweigen eine ungeheure Erbitterung gegen die deutsche Schleuderwirtschaft, die sich dann in allen nur erdenklichen politischen Winkelzügen gegen das deutsche Volk umsehen. Dazu kommt dann noch, daß die Rohstofflager in fast allen Weltteilen vollgeproppelt sind, und infolge der unsmigen Profitwirtschaft der privatkapitalistischen Unternehmer in allen Ländern keine Erleichterung erfahren können, weil überall versucht wird, das Angebot an fertigen Waren hinter der Nachfrage durch Produktionshemmungen in geradezu verbrecherischer Weise zurückzuhalten.

In diesen Widerprüchen zeigt sich der ganze Wahnsinn der sogenannten bewährten Wirtschaftsordnung. Ihr unnatürlicher Aufbau ist ihren Strategen und Baumestern über den Kopf gewachsen. In den Vereinigten Staaten, in Australien, in England, Frankreich, Holland, in den skandinavischen Ländern usw. sind in den letzten Wochen für die Profitlager in Industrie wie Handel infolge Erschöpfung der Kaufkraft der Verbraucher katastrophale Preisstürze eingetreten, die sicher zu sehr ersten weiteren Verwicklungen auf dem Weltmarkt führen und von unberechenbaren Folgen für die Arbeiterchaft der ganzen Welt sein werden. In dieser internationalen Zuspitzung der wirtschaftlichen Verhältnisse werden sich die bisherigen Behälter der Produktionsmittel nunmehr zum Endkampf um ihre letzten Machtpositionen zusammenscharen. Und für die Arbeiterchaft eines jeden Landes naht sich damit die Stunde, wo sie zeigen muß, ob sie in geschlossener Front den Widerstand der privatkapitalistischen Strategen legetrich brechen kann, oder ob sie in zersplitterten und gespaltenen Gruppen und Gruppchen an ihnen selbst zerbrechen wird.

Wirtschaftliche Selbsthilfe

Tag für Tag, Woche um Woche und Jahr um Jahr vergehen, die Zeit hat sich völlig verändert, die Wirtschaft des gesamten Volkes ist schlechter geworden. War man bereits früher gewöhnt, von der Rogierung alles zu erhoffen und so nachdem auf sie zu schimpfen, so hat die durch die Revolution gewonnene Freiheit diese Sachlage nicht geändert. Den Willen des Volkes sollten bereits vor der Revolution die Parteien im Reichstag verkörpern. Etwas andres kennt man leider auch heute noch nicht.

Die Behandlung rein wirtschaftlicher Fragen lehnt jede Partei ab; ob mit Recht oder Unrecht, soll hier nicht untersucht werden. In der richtigen Erkenntnis dieser Sachlage hat man vielmals auch von Regierungen wegen den Reichswirtschaftsrat eingeleitet und — glücklicherweise — ohne Anhebung der Parteizugehörigkeit und Religionsgemeinschaft Vertreter zu diesem nur die Reichswirtschaft beratenden Parlament bestimmt. Also nicht gewählt vom Volke! Demnach sind auch alle Klagen über die geringe Zahl Arbeitervertreter im Reichswirtschaftsrat nicht am Platze.

Dies kurz zur Kennzeichnung, wenn in nachfolgenden Ausführungen der wirtschaftlichen Selbsthilfe der schaffenden Kreise das Wort geredet werden soll.

Ein Beweis für das Vorhandensein großer Ansehensfähigkeit und Schwäche sind die Forderungen nach Überführung irgendwelcher im Privatbesitz befindlicher Betriebe in Gemeinbesitz und Weiterführung durch die Mite, wenn man nicht den Verzicht macht, die Produktion, wenn auch nur da, wo dies leicht möglich ist, von Grund aus selbst in die Hand zu nehmen, durch Zusammenritt aller Schaffenden je eines Berufs. Der gern beliebte Hinweis auf den bereits früheren Bestand von Genossenschaften, die sich vielleicht nicht bewährt haben, soll man doch ruhig beiseite lassen. Wenn vor 10, 20 und 50 Jahren solche Gebilde nicht bestanden hätten, genügt wohl die Kalkulation der Bedürfnisse von „oben“ einerlei, wie die damals noch weit zurückgeliebene allgemeine Durchbildung dieses Gedankens. Wenn heute jemand behauptet, durch Förder-

zung des Gewerkschaftswesens kommen wir nicht vorwärts, so beweist er das „Gefährliche“ der Sozialisierung und die Unfähigkeit der Masse, sich selbst zu regieren und vorwärtszubringen. Und die Unfähigkeit liegt ja schon in der Zerrissenheit der Arbeiterschaft, deren Grund hier nicht näher diskutiert werden soll.

Und das nötige „Kapital“ zu Gründungen? Viel Wenig macht bekanntlich ein Vieh. Trägt man in einem Menschenalter viele kleine Summen einer Stelle zu, dann besitzen diese vielen Einzahler auch das „Kapital“, das man jetzt „epyrrotieren“ muß, will man das bestehende Kapital als Gemeinshaftsgut erklären.

Als bedeutender Fortschritt wäre es zu begrüßen, kämen sämtliche schaffende Kreise Deutschlands dazu, einen Wirtschaftsbund ins Leben zu rufen, der in allen Orten Deutschlands einen Rat besitzt, der die Kontrolle über die Waren vom Erzeuger bis zum Verbraucher ausübt, die Preise überwacht und mit den Betriebsräten und Gewerkschaften in enger Fühlung stände. Neben der Einteilung in Bezirken müßte das gesamte System dem Reichswirtschaftsrat unterstehen.

Was jetzt besteht, ist nichts anderes als eine wilde, unorganisierte Wirtschaft, auf der das Schiebertum blüht.

Nichts ist wohl leichter zu organisieren als der Verbrauch, zumal, wenn die Werkstätten vorangehen. Wir Buchdrucker, die auf dem Gebiete der Organisation stets die Pioniere waren, sollen hier bahnbrechend wirken. Wenn jetzt zum übergroßen Teil die Buchdrucker z. B. keine Kartoffeln erhielten, so lag dies an der lebenden Organisation. Der Partei, wo die Partei gebührt, der Gewerkschaft das Berufliche und die wirtschaftliche Existenz überhaupt, den Betriebsräten der Betrieb, einem zu gründenden Wirtschaftsausschusse für das Buchdruckergewerbe aber alle Erhebungen zur Erlangung von Lebensmitteln, Bedarfsartikeln und Wohnung für seine Mitglieder. Wandelt man die bestehenden Geschäftsstellen in eine größere Zentralhalle um und erbittet man an der Ausbreitung eines solchen Wirtschaftsbundes über ganz Deutschland fest, so schafft man in kurzer Zeit ein Kapital, das sehr wohl zum Ankauf von Waren bestimmt wäre, selbst in einer Zeit, wo man sonst erkl. rufend zur jeweiligen Regierung blickt. Wir sollten endlich verzichten auf die „Erwägungen“ der „führenden“ Personen in der hohen Politik und unsre Wirtschaft selbst regeln. Wähen wir daher auch nicht über die Grenze, Hilfe erwartend, sondern denken wir an die Worte unsres Kriegsgenossen: „Der Friede ist ein Krieg mit andern Waffen!“ Wir haben einen Wirtschaftskrieg zu bestehen, der uns genau so schwer trifft als der militärische. Darum rufen wir uns zu einem Wirtschaftsbunde, wenn auch zunächst als Buchdrucker. Andre werden unserm Beispiele dann bald folgen.

Leipzig.

Karl Linke.

Correspondenzen

Wachen. Eine am 14. November der fast sämtlichen Kollegen beschickte Versammlung beschloß sich mit der vom Tarifausschusse bewilligten Steuerungsulage von 10, 15 und 20 Mk. Alle Redner bezeichneten diese als ein unwürdiges Almosen in der heutigen Zeit. Auslosung wäre zu bedauern, daß die Prinzipale nur aus Prinzip die zur Verzweiflung drängende wirtschaftliche Lage der Buchdruckergehilfen nicht anerkennen wollten. Nach amtlicher, einwändriger Statistik muß eine vierköpfige Familie in Wachen wöchentlich 430 Mk. zur Fröpfung der köstlichen Lebensunterhaltung haben. Da wird doch wohl niemand sagen können, daß unser Lohn ein zu hoher sei! Die Behauptung der Prinzipale, das Gewerbe könne die Last nicht tragen, sei direkte Unwahrheit, die gegenseitigen Preisunterbietungen können hier als Beweis mit angezogen werden. Eine einzige leistungsfähige Berechnung kostet dem Geschäft oft mehr als die Forderung des Personals für die Dauer eines Jahres. Warum konnten denn die Papierfabrikanten die Preise für ihre Produkte um 5000 Proz. und höher heraufschrauben? Auch Würener Firmen forderten für Papiere, die in Friedenszeit 60 bis 75 Pf. per Kilogramm kosteten, bis zu 80 Mk. Zum Lohn haben jenseitige Kapitalisten den traurigen Job, die hungernde Arbeiterschaft für die hohen Lebensmittelpreise haltbar zu machen. Vorübender Grewen, der von der Kreisamtsführung in Köln eintraf, berichtete über deren Verlauf. Hart war auch dort der Kampf um unsre Besatzungsulage, aus dem einfachen Grunde, weil den Prinzipalen jedes soziale Verständnis fehlt. Nach neunfünfundiger Sitzung erreichten die Kreisamtsdelegierten eine teilweise 100prozentige Erhöhung der noch bestehenden Besatzungsulage. Aus Solidaritätsgründen erklärte die Versammlung sich vorläufig mit der Zulage einverstanden, erhobte aber vor der noch tagenden Tarifabschlußsitzung, daß mit Inkrafttreten des neuen Tarifs am 1. Januar 1921 eine Besserstellung der Existenzverhältnisse erfolgt.

y. All-Neuöffnung. Unre letzte Versammlung am 13. November war, wie seit langem nicht mehr, sehr gut besucht, worüber sich Vorsitzender Förg in der Begrüßung freudigbewegte äußerte. Beschlüsse wurden, da die „Fachtechnische Vereinigung der Buchdrucker des Bezirkes All-Neuöffnung“, weil für auswärtige Kollegen zu kostspielig, aufgelöst wurde, daß sich nun unsre Mitgliedschaft korporativ dem Bildungsverband anschließe. Als technischer Leiter wurde Kollege Althoff bestellt. Um ein geistliches fachtechnisches Wirken zu ermöglichen, wurde der Ortsvereinsbeitrag um wöchentlich 20 Pf. erhöht. Bereits in allerhöchster Zeit soll in einem Kurus, beginnend mit dem Schriftschreiben, eingetretet werden. Diejenigen Kol-

legen, die, gezwungen durch die wirtschaftliche Krise in unserm Gewerbe, sich andern Organisationen verschreiben mußten, sollen den Kontakt mit uns nicht verlieren. Es wird ihnen nämlich gegen Entrichtung des Ortsbeitrags die Möglichkeit geboten, am örtlichen Organisationsleben, an den Bildungsveranstaltungen teilnehmen zu können und den „Kor.“ zu bekommen. Ein gefelliger Abend in Gestalt einer internen Silvesterfeier soll veranstaltet werden. Zwei freudige Mitteilungen konnte Kollege Förg machen: daß in allen Druckerereien die neue Steuerungsulage glatt ausbezahlt wurde, und daß die Allbairische Verlagsanstalt Neubüßing ihren seit gut halbjähriger Ausgehenden Personal (also trotz schlechten Geschäftsganges) pro Kopf 200 Mk. spendete, zwei neuausgebildete Kollegen erhielten je 100 Mk. Nun kam der letzte und schönste Teil des Abends: Kollege Moser mit Regitationen eigener Eichtungen in Poetik und Prosa. Was uns Kollege Moser in seinen Schöpfungen an Lyrischem, Dramatischem und auch Heisterem in formvollendetem Vortrage schenkte, wäre wert, einem großen Publikum geboten zu werden. Auch an dieser Stelle sei ihm noch der wärmste Dank ausgesprochen. Diese Versammlung war eine unsterk schönsten und getragen von edler Sarmonie.

Verst. In der am 22. November abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins, zu der die Delegierten, Vertrauensmänner und Druckerfacharbeiter wohl vollständig erschienen waren, erstallte Kollege Massini den Bericht über die Tarifverhandlungen. Einsehend schilderte er den Gang der langen Verhandlungen. Wie sich bei den Prinzipalvertretern eine Gemeinsamkeit mit den Tendenzen und Bestrebungen der andern deutschen Arbeitgeberverbände zeigte, wie gegenseitig Gegenseitig zwischen Vertretern von Großbetrieben und Kleinbetrieben in Erziehung traten, dann aber wieder Groß- und Kleinunternehmer sich gemeinsam gegen die Gehilfenforderungen wandten. Welche Schwierigkeiten sich der Schaffung eines Reichstarfs wieder entgegenstellten, sei schon daran zu erkennen, daß die Arbeitsmarktverhältnisse in den einzelnen Orten und Provinzen ganz verschieden sind. Während in Berlin und anderwärts große Arbeitslosigkeit herrsche, bestehe in andern Gegenden ein Mangel an Arbeitskräften. Daß über die Steuerungsulage allein zehn Tage lang verhandelt wurde, daß die Organisationen der Steindrucker und Buchbinder sich mit den Arbeitgebern kurz vorher oder zu gleicher Zeit über eine gegenüber unsern Forderungen erheblich niedrigere Steuerungsulage geeinigt hatten, daß schließlich die Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums auch keinen größeren Erfolg versprach, alles dies zeige die weiteren großen Schwierigkeiten, bei deren Berücksichtigung man das Erzeugnis als einen annehmbaren Erfolg anerkennen müsse. Redner ging dann zur Besprechung der einzelnen Tarifbestimmungen über, dabei hervorhebend, wie eine Reihe von den Prinzipalen mit Entschiedenheit verfolgte Verschlechterungsanträge in langen Kämpfen abgewehrt wurde, so die Einführung des Stundenlohns und des Berechnens an den Druckmaschinen, die Kürzung der Ferien u. a. Er legte weiter dar, wie um verschiedene wichtige Forderungen der Gehilfen, so besonders um die Verkürzung der Arbeitszeit und die Lohnzahlung bei Krankheitsfällen, während der ganzen langen Verhandlungsdauer unermüdetlich gekämpft wurde, daß aber in diesen Punkten die Prinzipale die Verhandlungen eher hätten schließen lassen, als Zugeständnisse zu machen. Schließlich führte Redner die Beschlüsse an, die mehr oder weniger erhebliche Verbesserungen des bisherigen Tarifs darstellten: die einschneidende Änderung der Bezahlungsstufen, das Einmaligkeitsystem für Drucker, die Feiertagsbezahlung für Berechner usw. Zusammenfassend betonte Kollege Massini, daß das Resultat der Tarifverhandlungen zweifellos eine Verbesserung des Tarifs bedeutet, daß die Verhandlungen das gebracht haben, was unter den gegebenen schlechten Verhältnissen nur möglich war. Die Kollegenschaft solle dies würdigen und in der Urabstimmung am 10. Dezember demgemäß entscheiden. An die mit heftigem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Kollegen Massini schloß sich eine mehrstündige Diskussion, in der zunächst sechs Vertreter der Opposition, die Kollegen Köllner, S. W. Schmidt, Pöschmann, Koite, Baumgarten und Engelmeier, zum Worte kamen. Sie bewerteten das Resultat der Tarifverhandlungen mit Null. Die beschlossene Steuerungsulage sei völlig unzureichend, der Abbau der Entschädigung beim Verkürrarbeiten bedeute eine große Verschlechterung, in der Arbeitslosenfrage sei nichts erreicht, die Druckerbestimmung betreffend die Einmaligkeitsbestimmung sei bedeutungslos, weil sie lehtere nur „in der Regel“ vorschreibe. Abereinstimmend erklärten sie dabei, daß Vertreter der Opposition an Stelle der Gehilfenvertreter bei den Verhandlungen auch nichts Besseres hätten erreichen können, weil eben durch die Arbeitsgemeinschaften nicht mehr zu erreichen sei. Zudem lie die Tarifgemeinschaft verwarfen, priefen sie die Produktionskontrolle durch die Arbeiterschaft als das alleinige Mittel für die Verbesserung der Lage der Arbeiter. Während jedoch die Kollegen Koite und Engelmeier sich dafür aussprachen, daß von der Gehilfenchaft Forderungen aufgestellt werden, und daß dort, wo diese nicht bewilligt würden, in den Streik einzutreten sei, verlangte Kollege Schmidt in einer von ihm eingebrachten Entschließung vom Vorstande die Einteilung neuer Verhandlungen, um eine neue Zulage von 50 Mk. zu erzielen. In der Entschließung kam ferner zum Ausdruck, daß die Verammlung den Abschluß des neuen Tarifs nicht billigen könne, da die Tarifgemeinschaft nicht imstande sei, die durch den Niedergang der Wirtschaft hervorgerufenen Probleme zu lösen, und schließlich wurde die Kollegenschaft aufgefordert, „sich in den politischen Kämpfen um die Entseignung der Unternehmern im revolutionären Sinne zu betätigen“. Nach den Oppo-

sitionsrednern, die selbstverständlich aufgefordert hatten, bei der Urabstimmung dem Tarifabschluß ein glattes Nein entgegenzusetzen, erhielt Kollege Krauß, der zweite Verbandsvorsitzende, das Wort. Er erklärte offen, daß bei dem Tarifabschluß nichts grundsätzlich Neues geschaffen, daß nur repariert und gelöst worden sei, weil mehr zu erreichen e.nach nicht möglich war. In eindringlichen Ausführungen widerlegte er die von den Vorrednern gegen unsre Tarifpolitik im allgemeinen und die Ergebnisse der letzten Tarifverhandlungen im besondern gerichteten Angriffe. Weiter polemisierte er gegen das in der Debatte mehrfach gebrauchte Schlagwort von der Weltrevolution und von den „konterrevolutionären Gewerkschaftsführern“. Gegenüber der Redensart von der Notwendigkeit von Kampforganisationen betonte er, daß das ganze lange Festehen des Buchdruckerverbandes wie der Gewerkschaften im allgemeinen nur Kampf gemeint sei. Das materielle Ergebnis des Tarifabschlusses befriedige allerdings nicht, und das ideale noch weniger; große Hoffnungen seien fehlgeschlagen, aber nach Lage der Verhältnisse konnte nicht mehr errungen werden. Der Verbandsvorstand werde das Gegenteil von dem tun, was Kollege Engelmeier wünschte, nicht in dem Aufrufe der Gehilfenchaft von der Annahme abralen, sondern sie auffordern, den Tarif anzunehmen. Dann möge die Kollegenschaft prüfen und entscheiden. Gegen die Ausführungen der Oppositionsredner sprachen jedoch noch die Kollegen Thomas, Croß und Gülke, die das Resultat der Tarifverhandlungen würdigen und für die Annahme des Tarifs eintraten. In seinem Schlussworte wies Kollege Massini auf die Folgen einer Ablehnung des Tarifs hin. Die Tarifgemeinschaft sei natürlich nichts Vollkommenes, aber wir seien damit nicht rückwärts, sondern stets nach vorwärts geschritten. Zur Schmidtschen Resolution bemerkte er, daß das Verlangen einer sofortigen Steuerungsulage unumgänglich zu erfüllen sei, die Entseignungsordnung unfinnig, wie aus einer Kinderstube stamme, erseine, und daß deshalb die Verammlung die Resolution ablehnen solle. Bei der Urabstimmung aber möge die Kollegenschaft für die Annahme des Tarifvertrags stimmen. Mit großer Mehrheit lehnte die Generalversammlung hierauf die Schmidtsche Entschließung ab. — Der Verammlung wohnten die zur Zeit in Berlin weilenden, in Nr. 135 des „Kor.“ unter „Ostereich“ (Schade, daß dieser Bericht am Versammlungstage hier noch nicht bekannt war!) D. Gör.“ erwählten russischen Delegierten Rubin Meller und W. Michaloff bei, die vom Kollegen Massini vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt wurden. Zu einer Ansprache erhielt Kollege Meller das Wort, der sich in längeren Ausführungen vor allem gegen die im „Kor.“ und andern deutschen Blättern veröffentlichten Berichte über die Verhältnisse in russischen Buchdruckergewerbe und in der dortigen Arbeiterbewegung wandte und sie als falsch bezeichnete. Es bestände volle Rede- und Versammlungsfreiheit, die Gewerkschaften seien durchaus selbständig, Arbeitslosigkeit bestehe nicht, vielmehr sei in Wirklichkeit Mangel an Arbeitskräften vorhanden — in diesen und andern Punkten sei die Unwahrheit in der deutschen Presse verbreitet worden. Allerdings müsse man in Ausland auch Arbeiter befragen und einsperren, wenn sie mit Konterrevolutionären in Verbindung ständen. Wenn in einer Zeit, wo Sowjetrussland die besten Kräfte an die Front schicken mußte, die Menschewiki Streiks organisierten, so habe man sie natürlich einsperren müssen. Die Ausführungen Mellers wurden an einzelnen Stellen von einem Teile der Versammlung mit Beifall, von der Mehrheit mit Unruhe und Widerspruch aufgenommen. Auf einen Zuruf erklärte Meller, es sei kein Gewaltakt, wenn man Konterrevolutionäre (als solche werden bekanntlich auch die Menschewiken angesehen) aufhängt. „Konterrevolutionäre werden wir immer aufhängen!“ Der Versammlungsleiter, Kollege Albrecht, erklärte nach der Rede Mellers, daß eine Diskussion darüber nicht stattfinden könne; die Berichte und Artikel über die russischen Verhältnisse seien alle einander widersprechend, und überzeugt habe auch die Rede Mellers nicht. Wir wollten aber die beiden russischen Gäste als Kollegen und Arbeitsgenossen in dem Gedanken an die Einigkeit aller Arbeiter in ihren Zielen begrüßen.

Breslau. In der außerordentlichen Generalversammlung am 14. November wurde nach der Erledigung von sieben Neuaufnahmen über folgende beiden Anträge verhandelt: a) Zur Deckung der Kosten für die Durchbildung und Aufgaben der Betriebsräte ist ein monatlicher Beitrag von 10 Pf. zu entrichten; b) für die Bestrebungen des Arbeiterbildungsausschusses ist vierteljährlich von jedem Mitglied eine Marke zu 15 Pf. zu entrichten. Die Anträge wurden einstimmig angenommen und zur Vereinfachung der Einziehung der Ortsbeiträge um 5 Pf. wöchentlich von 1. Januar n. J. ab erhöht. Ein dritter Antrag: „Zum Anbau des Gewerkschaftshauses ist von jedem freigestellten Gewerkschaftler ein einmaliger, auch in Katen zahlbarer Beitrag von 20 Mk. zu leisten“, fand nach einem umfassenden Referat des Geschäftsführers des Gewerkschaftshauses, Raich, und nach eingehender Aussprache, in welcher die gegenwärtige Notlage der Arbeiterschaft zum Ausdruck kam, mit 150 gegen 148 Stimmen Ablehnung. Dagegen wurde eine freiwillige Sammlung zugunsten der Arbeitslosen für Weihnachten einstimmig angenommen. Als Kandidaten zur Gewerbegerichts Wahl wurden vier Kollegen aufgestellt. — In der allgemeinen Versammlung am 24. November erstallte unser Gesundheitsreferent Fiedler Bericht von der Tarifabschlußsitzung. Unter allseitiger Anerkennung der geleisteten Arbeit und Energie unsrer Vertreter wurde die neue Steuerungsulage als gänzlich unzureichend bezeichnet und das soziale Verhalten der Arbeitgeber während der ganzen Dauer der Verhandlungen scharf geeselt. Es wurde betont, wenn eine Annahme des neuen Tarifs seitens der

Gehilfenschaft erfolge, dann nur unter dem Druck der gegenwärtigen Verhältnisse. Auch die Stellungnahme des Kollegen Schlies wurde aufs Schärfste verurteilt.

Duisburg. (Bezirk und Ort.) Die schrankenlose Ausweitung des Volkes, die besonders hier im Ruhrrevier in die Erscheinung tritt, halbe die Erregung der Kollegen über die vor einigen Wochen durch das Kreisamt beschlossene Steuererhöhung bis zur Unerträglichkeit gesteigert. Wissen doch die Arbeiter besonders hier weder aus noch ein, die Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel steigen von Tag zu Tag. Durch das laienhafte Verhalten der Regierung ist der Arbeiter gezwungen, um nicht ganz zu verhungern, sich Lohnsteigerungen zu erkämpfen. Auch die rheinisch-westfälische Beamtenchaft wird rebellisch, sie droht mit dem Streik, falls ihr nicht geholfen wird. Unse „Gehilfenschaft“ und die Arbeitergehilfenschaft verfolgen offensichtlich den Zweck, die Arbeiter zu zermürben und für ihre Absichten, die Zerstörung der Arbeiterorganisationen, gefügig zu machen. Die Unzufriedenheit mit den heutigen Zuständen kam auch in der Bezirksversammlung am 13. November und in der Monatsversammlung des Vororts Duisburg am 20. November lebhaft zum Ausdruck. Der dritte Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zur neuen Steuererhöhung“, wurde auf Antrag zuerst behandelt. Kollege Pahlke bemerkte einleitend, daß er die Entfristung der Gehilfenschaft, die die Bekanntgabe des Resultats des Tarifauschusses hervorgerufen habe, wohl verheide und für berechtigt halte. Er warnte aber dringend vor übereiften Schritten, da die Prinzipale des Kreises II der Erregung bereits Rechnung getragen und auf heute telegraphisch das Kreisamt zu einer Sitzung zusammengerufen sei. Redner schlug vor, das Resultat der Kreisamtsitzung abzuwarten und dann weitere Beschlüsse zu fassen. Die nachfolgenden Redner, die Kollegen Meuris, Damichen, Salz, Panben, Maier (Duisburg), Heilmann (Mülheim) und Adrian (Siertrabe), waren alle der Meinung, daß unbedingt etwas für die Gehilfenschaft getan werden müsse; nur über den Weg war man sich nicht einig. Zum Schluß stimmte die Versammlung einstimmig dem Antrage des Vorsitzenden zu, das Resultat der Kreisamtsitzung abzuwarten und in der am 20. November abzuhaltenen Vorortversammlung, zu der die übrigen Orte des Bezirks Vertreter entsenden sollten, weitere Schritte zu beraten. Anwesend waren 265 Kollegen. — Die Mitglieder-versammlung des Vororts war ebenfalls zahlreich besucht und nahm nach einigen geschäftlichen Mitteilungen den Bericht des Kollegen Heuer von den Verhandlungen des Kreisamts entgegen. Er konnte sich kurz fassen. Da die Prinzipale des Kreises II wußten, was auf dem Spiele stand, so erzielte die Sitzung des Kreisamts mit dem Resultat auf Verdoppelung der rheinisch-westfälischen Sonderzulage. Die Debatte war sehr reg. Kollege Damichen gab, der Meinung der Opposition dahin Ausdruck, daß man sich nicht mit den Sägen zufrieden geben könne. Er begrüßte das Vorgehen der Düsseldorf Kollegen. Er stellte folgenden Antrag: „Die leibzweilige Steuererhöhung ist auf 60 Mk. abzurufen, im Ablehnungsfalle tritt die Gehilfenschaft am Montag in den Streik.“ Redner bemerkte, daß die Buchdruckerlöhne gegenüber der anderen Berufe sehr tief ständen. Die folgenden Redner waren ebenfalls mit den bewilligten Sägen nicht zufrieden, rieten aber entschieden von einer irdischen Aktion ab. Der Vorsitzende ging noch in längeren Ausführungen auf die Forderung des Kollegen Damichen ein und wies nach, daß durch irdische Streiks das Gesamtinteresse der Gehilfenschaft geschädigt werde. Außerdem stände der Tarifabschluß vor der Tür. Voraussetzliche wurde Duisburg in Kürze der Ortsklasse A zugeteilt und dadurch der Lohnzuschlag erhöht werden. Bei der nun folgenden Abstimmung wurde der Antrag Damichen mit etwa Zweidrittelmehrheit abgelehnt. Der Vorsitzende wurde beauftragt, die Unzufriedenheit mit der bewilligten Zulage dem Kreisgehilfenvertreter mitzuteilen und eine neue Kreisamtsitzung zu beantragen. Nach Entgegennahme des Kartellgerichts erfolgte Schluß der Versammlung.

Eltenburg. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten nahmen wir in der letzten Versammlung vor allem Stellung zur Erhöhung des Verbandsbeitrags von 1 Mk. Obwohl man die Notlage der arbeitslosen Kollegen anerkennt, so sei es doch nicht Sache der Gehilfenschaft, sondern Sache des Staates und der Kommunen, dafür zu sorgen, daß diesen in Not Geratenen eine auskömmliche Unterstützung zuteil werde. (Unter den heutigen Zuständen in Staat und Gemeinden ist den Arbeitslosen mit solchen Verköstigungen nicht geholfen. Red.) Keine Gewerkschaft am Orte hat bei weitem höherem Lohn als wir einen solch hohen Beitrag abzuführen. Auch die letzte Zulage, welche ja nur als eine Steuererhöhung anzusehen ist, gestakten den Kollegen nicht, sich mit Kleidung usw. zu versehen. Die Versammlung erwartet, daß diese Beitrags-erhöhung bald wieder in Fortfall kommt. In Zukunft möchten derartige Vorkommnisse, um ein friedliches Zusammenarbeiten zwischen Funktionären und Mitgliedern aufrechtzuerhalten, nur durch Abstimmung erfolgen. Am Schluß war noch eine Kundgebung über Stuttgarter Schülerarbeiten zu befehlen, zu welcher die Lehrkräft- abteilung eingeladen war.

Erlurt. Die ordentliche Bezirksversammlung am 21. November wurde durch den Gesangverein „Gutenberg“ mit dem schönen Liede „Sturm“ in gewohnter präzier Darbietung eröffnet. Die Feststellung der Anwesenheitsliste ergab die Teilnahme von Kollegen aus Arnstadt, Erlurt, Frankenhausen, Gehren, Sinnenau, Schlot- heim, Sommerda, Sondershausen und Suhl. Nachdem der Kassierer einige Erläuterungen zum gedruckten vor- liegenden Kassensbericht gegeben, erhielt Kollege Kracht das Wort zu seinem Bericht über die Tarifverhandlungen,

die er in eingehenden Ausführungen recht anschaulich schilderte. Zwischen der ungenügenden Steuererhöhung und dem im allgemeinen befriedigenden neuen Tarif zog Referent einen scharfen Trennungslinien; er verurteilte in ersterer Hinsicht das Verhalten der Prinzipalkraft und beleuchtete alle gegen uns stehenden widrigen Verhältnisse und Umstände. Das kam in der umfangreichen Diskussion bei einem Teile der Redner ebenso zum Ausdruck, während der andre die lärgliche Steuererhöhung nicht nur als eine Verhöhnung der Gehilfenschaft und als eine Ausnutzung der Notlage der Gehilfenschaft durch die Prinzipale bezeichnete, sondern auch an dem neuen Tarif manches auszusetzen fand. So wolle, wie der auf oppositionellem Standpunkte stehende Hauptredner, der das ganze Ergebnis der Tarifberatungen nur ein Butterbrot nannte, und der eine lange Resolution eingereicht hatte, ging allerdings keiner von den das Wort erhaltenden Kollegen. Es waren auch Ausführungen sehr ruhigen Charakters zu vernehmen. Der Referent befaßte sich in seinem Schlußworte mit den Diskussionsrednern im einzelnen und sorgte so noch für weitere Aufklärung. Die Resolution wurde dann gegen vier oder sechs Stimmen abgelehnt. Aus dem Vorstandsberichte war zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl im Berichtsjahre von 427 auf 495 gestiegen sei. In die Gauwitwenkasse sind 128 Kollegen eingetreten, wodurch die Mitgliederzahl auf 345 gestiegen ist. Die Firma Sattler in Zella ist aus der Tarifgemeinschaft ausgeschieden, was zur Folge hat, daß die beiden dort weiterarbeitenden Kollegen aus dem Verband und aus der Tarifgemeinschaft auszuschließen sind. In Königslee werden in drei Druckerien fünf Kollegen zu den her- vordringenden von 40 bis 86 Mk. wöchentlich beschäftigt. Eine Aufforderung, mit Hilfe des Bezirksvorstandes wenigstens nach und nach tarifliche Verhältnisse dort einzuführen, liegen die betreffenden Kollegen unberück- sichtigt und schufen weiter zur höheren Ehre der Schmuckkonkurrenz. Der Beitrag zur Bezirkskasse wurde auf 10 Pf. erhöht.

Br. Freiburg i. B. Am 24. November erfolgte uns Kollege Klein (Stuttgart), ein bewährter Kämpfer bei den Tarifverhandlungen, einen Bericht über die letzte Session unseres Berufsparlaments. Diese Tagssache half auch einen erfreulich starken Besuch der Versammlung herbeiführen. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden zeichnete uns unser Gehilfenvertreter ein klares Bild der Berliner Verhandlungen. Der Referent schilderte in markanten Worten die Störrigkeit, die Unbeugsamkeit der Prinzipalvertreter, denen jeder Vorteil in zähem Kampf abgerungen werden mußte. Er ermahnte die Kollegen, besonnen zur Arbeit- stimmung zu schreiten und das kleinere Übel zu wählen. Zum Schluß seiner Ausführungen warnte der Referent davor, zu viel Politik im Verande zu treiben; das dringendste Erfordernis sei Stärkung der Gewerkschaften, vor allem Einigkeit in den eigenen Reihen. Heftigster und ungeschwächter Beifall dankte dem Kollegen Klein für sein ausgezeichnetes Referat. Namens der Versammlung dankte der Vorsitzende dem Referenten auch für seine Tätigkeit bei den Verhandlungen. Die Diskussion war nicht zu lang und vor allem sachlich. Aber die Unzulänglichkeit des Er- reichten war man sich einig, wenn auch nicht alle Redner denselben Standpunkt auf Annahme oder Ablehnung ver- traten. Die Tätigkeit unrer Gehilfenvertreter wurde anerkannt. Bedauert wurde außer dem geringen materiellen Er- gebnisse hauptsächlich die Herabsetzung der Kurzarbeiter- entlohnung, die Nichtbezahlung der neuen Zulage an die Neuausgelernten und die Ablehnung der Entschädigung für die ersten Krankheitsstage. Besonders vermißt wurde es, daß die sogenannte Ausgleichskasse nicht zustande ge- kommen ist. Wieviel Tinte ist hierüber vor der Tarif- ausschussung verschrieben worden! Und doch wäre diese Stelle so nötig gewesen, damit den kinderreichen Familien geholfen wäre. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Arbeiter in Privatbetrieben im Gegensatz zu den Beamten und Arbeitern in Staats- und Gemeindebetrieben doch nicht Menschen zweiter Klasse seien. Auch wurde aus- geführt, daß die Kollegen, die vor dem Krieg über Min- tum entlohnt waren, jetzt wohl auch diese paar Mark mehr erhalten, daß hier aber unbedingt eine Verdieselung dieser Säße hätte eintreten müssen. Bei den berechnenden Gehern wurden ja auch die bisherigen Säße verunsichert, so daß ein Kollege, der letzter beispielsweise durchschnit- tlich 5 Mk. über Minimum verdiente, in Zukunft 25 Mk. verdient, während ein Gehilfendruckler oder Drucker, der früher 5 Mk. über Minimum hatte, in Zukunft auch nur diese 5 Mk. erhalten soll. Gerecht wäre es auch gewesen, wenn man die Gewährung der Ferien von der Berufs- zugehörigkeit abhängig gemacht hätte und nicht von der Geschäftszugehörigkeit. Seltens der Druckerkollegen wurde mit Befriedigung konstatiert, daß es endlich gelungen sei, die Bezahlungskala der Drucker mit der der Seher gleich- zustellen und das Einmalmaschinenystem im Prinzip tariflich festzulegen. Die Maschinenbetriebskollegen bedauerten, daß die Herabsetzung der Arbeitszeit nicht erreicht sei. Kollege Klein wies in seinem Schlußworte darauf hin, daß eben die derzeitige Wirtschaftslage ihren Niederschlag in unserm Tarif gefunden habe. Außer einigen kleineren Fortschritten dürfte man unter den obwaltenden Umständen auch das Fehlen der alten Stellung als Erfolg ansehen. Von dem Anrufe betrefss Arbeitslosenunterbringung versprach sich die Versammlung keinen großen Erfolg. Man hat eben allen Glauben an ein totales Gefüh unrer „Brotgeber“ verloren.

Hd. Glogau. Am 21. November wurde unsre dies- jährige Bezirksversammlung in Neufals a. d. Oder abgehalten, welche von Kollegen aus allen Druckerorten unres Bezirks sehr gut besucht war. Vorsitzender Hau- schild begrüßte die erschienenen Mitglieder und gedachte zunächst der im vergangenen Geschäftsjahre verstorbenen

Kollegen, deren Andenken die Versammlung in üblicher Weise ehrte. Kollege Stefler (Neufals) ließ die Ver- sammlung im Namen des Ortsvereins Neufals willkommen und wünschte ihr guten Verlauf. Der Vorsitzende erstattete alsdann eingehenden Bericht über die allgemeine Lage im Bezirk. Der Mitgliederstand, der im Vorjahre 180 be- trug, hob sich auf 244 und verteilte sich auf zwölf Druck- orte. Durch Gründung der Genossenschaftsdruckerei in Neufals a. d. Oder mit dem Parteiblatte „Volkswille“ konnte eine Anzahl Kollegen Arbeit finden. Infolge Ver- legung der polnischen Grenze wurde Fraustadt dem Bezirk zugeleilt. Aber den Hauptpunkt der Tagesordnung referierte Gauvorsteher und Gehilfenvertreter Giedler (Wres- lau). Er gab einen ausführlichen Bericht über die Tarif- verhandlungen, der von der Versammlung mit Interesse verfolgt wurde. In der anschließenden Diskussion wurde von verschiedenen Rednern scharfe Kritik an der geringen Steuererhöhung und an dem neuen Tarif selbst geübt. Nachdem Kollege Giedler in seinem Schlußworte noch- mals hervorgehoben, daß viele prinzipalsseitig beantragte Verschlechterungen abgelehnt und die Gehilfenvertreter ge- tan, was in ihren Kräften stand, wies der Vorsitzende die Kollegen auf den Hinweis auf die tariflose Zeit von 1892 bis 1896 darauf hin, bei der Arbeitslosigkeit über die Annahme oder Ablehnung des Tarifs zu prüfen, ob es unter den gegenwärtigen Konjunkturverhältnissen geraten sei, in eine tariflose Zeit einzutreten. Als nächster Ort der Bezirksversammlung wurde Sprowlau gewählt. Nach Er- ledigung interner Bezirgsangelegenheiten wurde die Ver- sammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen. — Bis zur Abfahrt der Züge vereinigte sich noch eine Anzahl Kollegen im Vereinslokale des Neufalser Ortsvereins zu einem geistlichen Beisammensein.

ch. Halle a. d. S. Am 20. November erfolgte der Gehilfenvertreter des VI. Tarifkreises, Kollege König, der Halleischen Kollegen den Bericht über die eben beendeten Tarifverhandlungen. Er gab ein Bild von den Verhandlungen, zunächst über die Steuererhöhung. Er schilderte, wie infolge der absolut ablehnenden Haltung der Prinzipale die Gehilfenvertreter sich schließlich ge- zwungen sahen, einen Schiedspruch herbeizuführen. Da aber die Aussichten für einen den Gehilfen günstigen Ent- scheid geringe waren und die Erfahrungen anderer gra- phischer Berufe nicht ermutigen konnten, sei es doch noch zu einer Einigung mit den Prinzipalen gekommen. Ein- gehend legte der Vortragende die Gründe dar, die dazu führten, eine solche Entscheidung einem Schiedsprotokoll vor- zuziehen. Sodann schilderte Kollege König die Tarif- verhandlungen selbst. Er ging die einzelnen Paragraphen durch, die erreichten Verbesserungen kennzeichnend und besonders darauf hinweisend, wie es gelungen sei, die Verschlechterungsanträge der Prinzipale abzuwehren. Die Lage des Gewerbes habe es unmöglich gemacht, größere Verbesserungen zu erzielen, auch die ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse hätten sich den weitergehenden Forderungen hindernd entgegengesetzt. In allerhöchster Zeit werde die Veröffentlichung des neuen Tarifs erfolgen, dann könnte die Gehilfenschaft selbst prüfen, was die Gehilfenvertreter erzielt hätten, und könne sich schlichtig werden, ob sie den neuen Abschlüssen ihre Zustimmung geben wollen oder diese ablehnen, da die Wirksamkeit des neuen Tarif- abschlusses von der Arbeitslosigkeit unter der Gehilfenschaft abhängig sei. Er gab dann noch die näheren Bestim- mungen und den Termin für die Arbeitsleistung bekannt. Die Gehilfenvertreter hätten ihr möglichstes für Verbesserung des Tarifs getan, an den Gehilfen läge nunmehr die Ent- scheidung, ob sie die neuen Forderungen annehmen wollten oder nicht. An der darauf folgenden Debatte beteiligten sich hauptsächlich die Gegner des Tarifabschlusses. Ihnen genügt weder die neue Steuererhöhung noch die neuen Festlegungen des Tarifs. Sie lehnten beides unbedingt ab und forderten auch die anderen Kollegen auf, ihre Stimme gegen die neuen Abschlüsse abzugeben. Sie wolle auf anderem Wege mehr für die Gehilfenschaft er- reichen. In erster Linie machten sie die bisherigen Führer der Gehilfenschaft für die ungenügenden Errungenschaften verantwortlich, die nicht energisch genug die Forderungen der Gehilfen vertreten hätten. Auch die zu Worte kom- menden Anhänger der Tarifgemeinschaft gaben ohne wei- teres zu, daß die neue Steuererhöhung nicht den drin- gendsten Bedürfnissen entspreche. Da aber auch bei Ab- lehnung des Tarifs und eventuell folgendem Kampfe doch wieder schließlich zu Verhandlungen und zu Vereinbarungen ge- schritten werden müsse, so könnten sie in einer Ablehnung des Tarifs keine Verbesserung für die Gehilfenschaft er- kennen. Die Gegner des Tarifs brachten schließlich eine Resolution ein, worin sie die neuen Bestimmungen ab- lehnen und die sofortige Einsetzung einer irdischen Lohn- kommission fordern. Da nun in Aussicht genommen war, sofort nach Veröffentlichung des Tarifs eine neue Orts- versammlung einzuberufen, in welcher die Kollegen sich an- Hand des gedruckten Materials nochmals über den Tarif auszusprechen könnten, und wo sie dann besser informiert sein würden als auf Grund des Berichts, so war ein großer Teil der Kollegen der Ansicht, daß auch die Ab- stimmung über die oben erwähnte Resolution in dieser neuen Versammlung stattfinden solle. Die Gegner des Tarifs brückten jedoch die Abstimmung bei stark gestärkter Versammlung durch, nämlich 53 Stimmen wurden für die Resolution abgegeben. Die übrigen Kollegen befrachteten die Abstimmung als eine Ueberumpfung und enthielten sich der Abstimmung. Die Versammlung war von ungefähr 250 Kollegen besucht (bei fast 600 Mitgliedern am Orte). Trotzdem eine allgemeine Versammlung einberufen war, beteiligten sich die Nichtmitglieder nicht daran.

Hamburg. Am 21. November folgte hier eine stark- besuchte Versammlung des Tarifkreises X, in der der Gehilfenvertreter Aunkler den Bericht über die Neu-

gestaltung des Tarifs gab. Er schilderte in knapper, aber doch anschaulicher Weise den Gang der vierwöchigen Verhandlungen. Wenn das Ergebnis auch nicht befriedigend, so glaubten die Gehilfenvertreter doch im Interesse der Kollegenschaft unter Würdigung der ganzen Lage unres Gewerbes diesem Abkommen zustimmen zu müssen. Redner gab einen Überblick über die getroffenen Abänderungen des Tarifs und schloß mit dem Hinweis darauf, daß die Kollegenschaft zum erstenmal in der Lage sei, durch die Urabstimmung ihr Für oder Wider in die Waagschale zu werfen. In der lebhaften Aussprache, an der sich die Kollegen Bierow (Gülichstadt) und Vogel, Thoban, Ruff (Hamburg) beteiligten, kam ausnahmslos, von zustimmendem Beifalle begleitet, besonders die Entlastung über das klagliche materielle Ergebnis zum Ausdruck. Bemängelt wurde die geringe Zahl der Gehilfenvertreter bei den Verhandlungen und das Verhalten des Tarifaussehsprechers Schliebs. Gefordert wurden die Ablehnung des Tarifs, die sofortige Kündigung des Steuerungsulagenabkommens, eine energische Produktionskontrolle durch die Betriebsräte und die Lösung des Arbeitslosenproblems. Die Aussprache fand ihren Niederschlag in folgender Entschließung, die gegen vereinzelte Stimmen angenommen wurde: „Die am 21. November in Hans' Gesellschaftshaus' tagende Versammlung der tariffreien Gehilfen des Kreises X erklärt die ab 1. November zu zahlende Steuerungsulage für durchaus ungenügend. Sie bebauert, daß die Gehilfenvertreter der unverkämpften Forderung der Prinzipale, die eine glatte Verhöhung der Vorkasse der Gehilfen bedeutet, unterlegen sind; fügt sich dem Abkommen jedoch, da sie sich nur vom geschlossenen Willen und Handeln der Gesamtkollegenschaft Erfolg für ihre Bestrebungen verspricht. Die Gehilfenerschaft lehnt es jedoch ganz entschieden ab, in erster Linie mit Rücksicht auf die Provinzkollegen, diese Regelung der Entlohnung über die jetzt laufende Tarisperiode hinaus auszudehnen. Sie ist der Ansicht, daß mit Inkrafttreten des neuen Tarifs mit dem bisherigen Durcheinander und mit dem ungeheuren Unterschied in der Entlohnung aufgeräumt sein muß, und erklärt, daß sie nur Interesse am Abschluß eines neuen Tarifs hat, wenn er ihr ausreichende Existenzbedingungen schafft. Da das durch dieses Abkommen nicht erreicht wird, fordert sie die sofortige Kündigung des Steuerungsulagenabkommens zum 1. Januar und Schaffung eines Lohnarfs, der die Unterschiede in der Entlohnung von Provinz- und Großstadtkollegen auf ein gerechtes Maß zurückführt und allen Kollegen eine anständige Lebensführung erlaubt.“ Die Versammlung wurde sodann verlagert und soll am 5. Dezember fortgesetzt werden.

ch. Hannover. Eine gutbesuchte Mitgliederversammlung fand am 21. November im großen Saale des „Volksheims“ statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende, Kollege Lütke, zweier verstorbener Kollegen. Die Versammlung erörtere deren Andenken in der üblichen Weise. Unter „Vereinsmitteilungen“ machte der Vorsitzende bekannt, daß sich wieder fünf Kollegen zur Aufnahme meldeten. Vom 1. Dezember beginnt eine Vortragsreihe über: „Die Praxis der Sozialversicherung“, veranstaltet von der Freien Volkshochschule Hannover-Anden. Die Vorträge finden an 26 Abenden zu je zwei Stunden statt. Nach jedem vierten Vortrag ist ein Ausflugsabend. Die augenblickliche gewerbliche Lage ist hier noch immer nicht als eine gute zu bezeichnen, da noch in einigen Druckerereien verkräftigt gearbeitet wird, und zwar hauptsächlich deshalb, um Kündigungen vorzubeugen. Zwei Druckerereien sind eingegangen. Zwei Anlagen vor dem hiesigen Tarifschiedsgericht endeten mit der Verurteilung der beklagten Firmen. Die im letzten Bericht erwähnten Kollegen, welche die beschlossene Erstattener von 5 Mk. pro Woche zur Anfortführung der Arbeitslosen und Verküngerarbeitenden nicht zahlen wollten, haben sich auch eines Besseren bedonnen, so daß jetzt alle die Erstattener bezahlt haben. Für untre Invaliden bewilligte die Versammlung die Mittel, um jedem Invaliden, welche ja jetzt am schlechtesten gestellt sind, zum 1. Dezember eine Beihilfe von 50 Mk. zu gewähren; zu Weihnachten wird dann jedenfalls die Gauhilfe mit der gleichen Summe die Veteranen der Arbeit erfreuen. — Anschließend an die Mitgliederversammlung fand dann im selben Lokal eine öffentliche Buchdrucker-Versammlung statt, in welcher unter Kreisvertreter Rosenbruch den Bericht über die Verhandlungen des Tarifausschusses gab. Er schilderte eingangs seiner Ausführungen die gegenwärtige Lage im Buchdruckgewerbe und die Schwierigkeiten, welche sich schon im Anfang der Beratung über eine neue Steuerungsulage gezeigt hätten. Auch die Verhandlungen der Buchbinder mit Abschluß nur minimaler Zugeständnisse hätten nicht fördernd auf unsere Beratungen gewirkt. Redner hob dann noch die für uns wichtigen Punkte hervor, u. a. die Ferienfrage und die Lehrlingskassa. Zum Schluß seiner Ausführungen machte der Kreisvertreter noch die Mitteilung, daß er mit Schluß der jetzigen Tarisperiode seinen Posten niederlegen werde. Kollege Lütke sprach dem scheidenden Kreisvertreter für seine Verdienste, die er sich um die Kollegenschaft erworben, den Dank aus. Die Aussprache bewegte sich mehr über die wirtschaftlichen Verhältnisse, da uns der neue Tarif noch nicht vorlag, besonders wurde die große Arbeitslosigkeit unter den Druckern hervorgehoben und es begrüßt, daß die Lehrlingskassa endlich mit den Seßern auf eine Stufe gestellt sei; dies hätte schon früher, wie so oft verlangt, geschehen müssen. Vor allem mußte auch danach gestrebt werden, unsere Betriebe zu sozialisieren, denn die Internernehmer hätten bisher glänzende Geschäfte gemacht, wie durch einige Beispiele gezeigt wurde. Auch die wieder beschlossene pekuniäre Besserstellung der Maschinenleger fand nicht den Beifall der Versammlung. In seinem Schlußwort ging Kollege Rosenbruch dann auf die Lehrlingsfrage ein; auch

war er der Meinung, daß nur durch eine kräftige Gewerkschaftsbewegung eine Verbesserung auf politischem Gebiete zu erlangen sei.

Tena. Am 21. November fand eine Bezirksversammlung in Rudolfsstadt statt, die sehr gut besucht war. Nach Begrüßung der erschienenen Kollegen und einigen Mitteilungen seitens des Vorsitzenden Klopfer wurde ein Antrag des Kassierers, den Beitrag zur Bezirkskasse um 5 Pf. pro Woche zu erhöhen, ohne Widerspruch angenommen. Die Erhöhung tritt ab 1. Januar 1921 in Kraft. Sodann erstattete Kollege Prox (Weimar) Bericht über die Tarifberatung. In seinen Ausführungen gab er ein anschauliches Bild der Verhandlungen und wies dabei besonders auf die Schwierigkeiten derselben hin. Er betonte außerdem, daß seitens der Gehilfenvertreter das möglichste getan sei, um für die Kollegen ein besseres Resultat zu erzielen. Wenn kein befriedigender Erfolg zu verzeichnen sei, so könne dies auf das Stonto des hartnäckigen Verhaltens der Prinzipale. Einzelne Verbesserungen im neugeschaffenen Tarif anerkennend, machte er jedoch keine Propaganda für denselben und müsse es der Gehilfenerschaft überlassen, sich bei der Urabstimmung für Annahme oder Ablehnung des Tarifs zu entscheiden. Die Diskussionsredner erklärten sämtlich, diesem Tarif, besonders aber der völlig unzureichenden Steuerungsulage, ihre Zustimmung nicht erteilen zu können und forderten die Kollegen auf, im Falle der Ablehnung einmütig zusammenzutreten, um den dann entbreitenden Kampf siegreich zu bestehen.

Naumburg a. d. S. In der Versammlung vom 27. November wurde der Kasienbericht über das dritte Quartal erstattet und dem Kassierer Entlastung erteilt. In die Lehrlingskommission wurden drei und in die Lehrlingsabteilung zwei Kollegen gewählt; zur letzteren sind 28 Lehrlinge betrautet. Den Bericht von der Bezirksvorsteherkonferenz erstattete Kollege Seidemann. Beschlossen wurde, das „Arzt- und Obligatorium vom 1. November ab wieder voll einzuführen. Beim Kartellbericht gab der Antrag „Wahl von politischen Arbeiterräten“ Anlaß zu einer längeren Aussprache, der Antrag wurde abgelehnt. — Am 6. November fand eine außerordentliche Versammlung statt. Diese beschloß sich mit der so minimal ausgefallenen Steuerungsulage. In sehr erregter Debatte kam die Anzuehrtheit mit dem Erreichsten in folgender, einstimmig angenommener Entschließung zum Ausdruck: „Die außerordentliche Versammlung des Ortsvereins Naumburg bringt ihre Enttäuschung über die neue Steuerungsulage, die den bestehenden Verhältnissen in keiner Weise entspricht, zum Ausdruck. Sie verlangt sofortige Erhöhung, da andernfalls die tarifliche Mißsicht nicht gewahrt werden kann.“ — In der Versammlung am 25. November wurde Bericht von den Tarifverhandlungen durch den Kollegen Prox (Weimar) erstattet. Aus seinen Ausführungen erlah man, wie schwer die Situation während der Verhandlungen gewesen ist, mußten doch die bisherigen Vorteile zur Übernahme in den neuen Tarif schriftweise erkämpft werden. Weitere Verbesserungen schellersten an dem unsozialen Verhalten der Prinzipalsvertreter. Die eingehende Diskussion ergab, daß der neue Tarif in seiner Gesamtheit wenig Sympathie fand. In Anbetracht der bevorstehenden Urabstimmung wurde von einer Stellungnahme abgesehen.

ED. Steffin. Am 28. November sagte hier eine Konferenz der Bezirksvorsteher des Obergau. Es nahmen teil der Gauvorstand, sämtliche ab Bezirksvorsteher; einige Bezirkskassierer, die Mitglieder des Steffiner Vorstandes und der frühere Gauvorsteher Kannack waren als Gäste anwesend. Nach kurzer Begrüßung schilderte der derzeitige Gehilfenvertreter Reinke (Steffin) die Verhandlungen während der vierwöchigen Sitzung des Tarifausschusses. Er gab ein eindrucksvolles Bild von dem Umfang der geleisteten Arbeit, dem Widerstande der Prinzipale gegenüber den Anträgen der Gehilfenerschaft, den Prinzipalsanträgen, die bei ihrer Annahme die gewerkschaftliche Arbeit um 30 bis 40 Jahre zurückgeworfen hätten, z. B. betreffs Stundenentlohnung und dergleichen mehr, und gab schließlich die getroffenen Vereinbarungen bekannt. Eigentümlich berührte die Tatsache, daß die Prinzipale stets die Unmöglichkeit der Zahlung höherer Löhne betonten, wenn Gehilfenanträge dieser Art zur Debatte standen, während sie andererseits sich zur Zahlung höherer Beträge verstehen wollten, wenn ihre Anträge betreffend die Leistungen der Maschinen und Maschinenleger, Ferien und dergleichen angenommen worden wären. Redner empfahl schließlich, wenn auch schweren Herzens, die Zustimmung zu den getroffenen Vereinbarungen und bei der zu erwartenden Urabstimmung die Zustimmung zum Tarifabschlusse. Die mehrstündige Aussprache über die Ausführungen ergab schließlich die einstimmige Annahme folgender Resolution: „Die Bezirksvorsteherkonferenz beschließt, sich in den Mitgliedskassen für die Annahme des Tarifs einzulassen, ist jedoch der Meinung, daß in Fälle eine weitere Aufbesserung des Einkommens erfolgen muß, da an ein Absinken der Preissteigerung bis zum 31. März nicht zu denken ist. Dabingehende Schritte können der Gehilfenerschaft nicht verwehrt werden.“ Nach der Mittagspause wurden unter Punkt 2 die Gauangelegenheiten behandelt. Am 15. Oktober verließ der angestellte Gauvorsteher sein Amt, um als Verbandssekretär nach Berlin zu gehen. In Rücksicht auf die vorgeschlagene Neueinteilung der Gawe wurde die nächste Generalversammlung des Verbandes, die dann eintretende Verlängerung der Mitgliederzahl im Obergau (von jetzt 2900 auf rund 1600), die Inländerbeit der Stellung eines angestellten Gauvorstehers, die durch die Anstellung bedingte große Ausgabe für solche kleinen Kreis beauftragte der Gauvorstand, die Verwaltungsgeschäfte bis zur Beschlußfassung durch die Generalversammlung ebrenamtlich erledigen zu lassen, wie es bis 1911 und dann während des Krieges und bis Ende 1919 geschehen ist, und zwar einwandfrei geschehen ist, wie

die abgehaltenen Bezirksvorsteherkonferenzen bis zuletzt befristigt haben. Von verschiedenen Rednern wurde eine Teilung des Gauwes wegen der großen räumlichen Ausdehnung begrüßt (Pommern ganz und Brandenburg außer Berlin), aber der Verbandsvorlag wurde als undurchführbar bezeichnet, da er zwei nicht lebensfähige Gawe schaffen würde. Ein anderer Ausweg konnte auch nicht gefunden werden, und so wurde schließlich eine Resolution angenommen: „Die Bezirksvorsteherkonferenz beschließt: 1. den Verbandsvorstand zu beauftragen, der nächsten Generalversammlung eine Vorlage zu unterbreiten, die die Einteilung der Gawe nach den neu zu bildenden Berufsgruppenabschnitten regelt; 2. die Besetzung der Angestellten der Gawe Übermittlung der Verbandsvorstand, die Wahl und die Geschäftseinteilung ist den Gauen überlassen.“ Dieser Antrag bewirkt, daß je ein Tarifkreis dieselben Orte wie der Gau (oder umgekehrt) umfassen soll zwecks einheitlicher Verwaltung, Personenerparnis und Vereinfachung der Verwaltungsausgaben. Dann wurde mit acht gegen drei Stimmen beschlossen, ohne Rücksicht auf etwaige Zukunftsentscheidungen baldigst einen befristeten Gauvorsteher anzustellen. Intensive Agitation unter den alten und neuen Mitgliedern, Vertiefung des gewerkschaftlichen Wissens zur Abwehr aller Zersplitterungsversuche muß die wichtigste Aufgabe sein, und dazu reiche die Zeit und aller Idealismus nebenamtlich geschäftsführender Kollegen nicht aus. Die Kassenfrage dürfe keine Rolle spielen. Es wurde sofort eine Kommission (Wefenberg [Potsdam], Schulz [Stettin], Rudolph [Oberswalde], Reinke [Gauvorstand]) gewählt, die schnellstens die nötigen Vorarbeiten zu erledigen hat. Die Stelle wird ausgeschrieben. Ob nur Gauangehörige oder auch Kollegen aus anderen Gauen zur Wahl zugelassen werden sollen, entscheidet die Kommission. Die Anstellungsbedingungen, Geschäftseinteilung usw. sind genau festzulegen. Der Gewählte muß streng auf dem Boden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stehen. Die Wahl findet durch Urabstimmung statt. Eine angeregte Verlegung des Gauvorortes (etwa nach Potsdam oder in die Nähe davon), wurde als nicht zweckentsprechend angesehen. Im Laufe dieser Debatte entspann sich infolge einiger Redewendungen, durch die sich der alte Gauvorstand persönlich angegriffen fühlte, eine Aussprache, die am besten vermieden geblieben wäre. Sie hat hoffentlich das Gedenke, die Anlässen zu klären und die selbige Angelegenheit nunmehr endgültig aus der Welt zu schaffen. Es wurden dann Maßnahmen betreffend die Lehrlingsorganisation und deren Verwaltung, die Anschaffung einheitlicher Kassenbücher für Mitglieder und Bezirke, „Betriebsrätezeitung“ und einige andre Angelegenheiten besprochen, die teils dem Kreisamte zur weiteren Erledigung unterbreitet werden sollen. Arge Mißstimmung erregte es alleinig, daß den Gehilfen durch die Leistung des Deutschen Buchdruckervereins im Obergau überall Hindernisse bereitet werden, wenn sie mit ihren eignen Prinzipalen auf gültigem Wege Verbesserungen in finanzieller Hinsicht, Wirtschaftsbefehlen und dergleichen, zu vereinbaren gewillt sind. Es bleibe die Zuordnung zur Tarifgemeinschaft nur noch mehr untergraben, wenn dem nicht entgegengetreten werde. Nach Regelung der Dänenfrage referierte der Vorsitzende kurz über die gefaßten Beschlüsse und schloß die Sitzung nach beinahe neunstündiger Dauer um 5 1/2 Uhr.

B. Stuttgart. Eine seltene Feier kann das Personal der Firma Greiner & Pfeiffer, Buchdruckerei und Verlagsanstalt, demnächst begehen. Die Firma kann auf das 75jährige Bestehen zurückblicken, und außerdem gilt es, die Kollegen Friedrich Dohli, Wilhelm Dohli, Heinrich Schmeß und Adolf Niessle für fünfzig- und mehrjährige Berufstätigkeit zu ehren. Die Zahl der Mitarbeiter, die dem Betriebe mehr als 25 Jahre angehören, beträgt 37, darunter 29 Kollegen. Am diese Jubiläum würdig zu begehen, wird sich das Personal am 11. Dezember zu gemeinsamer Feier zusammenschließen.

F. Stuttgart. Am 22. November fand eine von etwa 500 Kollegen besuchte Mitglieder-Versammlung in der „Arbeitertalle“ statt, um den Bericht über den Abschluß der Tarifverhandlungen entgegenzunehmen. Gehilfenvertreter Klein entlegte sich dieses Auftrags in sehr ausführlichem Vortrag. Nach kurzem Überblick über den Gang der Verhandlungen ging er zuerst auf die Steuerungsulagen ein und schilderte in überzeugender Weise die Schwierigkeiten und Widerstände, die einer Erhöhung derselben entgegenstanden. Sodann wurden die einzelnen Positionen des Tarifs nacheinander durchgenommen, wobei die Erhaltung der Festtagsbezahlung und der Ferien in allem Umfang, die Gleichstellung von Ledigen, die Angehörige zu unterstützen haben, mit den Verbeiraten, die gerechtere Entlohnung der Berechnen und die Abwehr des Prämienhyems für Drucker mit Befriedigung aufgenommen wurde. Das aber nicht im Interesse untrer Arbeitslosen die Verfürzung der Arbeitszeit und eine weit stärkere Herabsetzung der Lehrlingskassa erreicht wurde, begegnete scharfem Tadel. Die weitgehende Beihilfe der Prinzipale bei Unterbringung arbeitsloser Kollegen wurde dringend gefordert. Das hierin weit mehr wie selbsther geschehen müsse, war übereinstimmende Auffassung der ganzen Versammlung. Im übrigen fanden in der ergebnisreichen Diskussion die Ausführungen von zwei für den graphischen Industrieverband werbenden Kollegen keine Gegenliebe. Ein anderer Diskussionsredner konnte vielmehr unter dem Beifalle der ganzen Versammlung feststellen, daß die Gewinnungsgenossen dieser beiden die Schuld daran trügen, wenn die freien Gewerkschaften an Einfluß verlieren in einer Zeit, in der durch immer weitere Zusammenstöße die Internernehmer mehr und mehr erstarken. In seinem Schlußwort appellierte Kollege Klein an die Gesamtheit der Kollegen, bei der Urabstimmung die Verhältnisse nüchtern zu prüfen, und der eignen Verantwortung sich bewußt zu sein.